

7 573

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neue Braunerstr. 1/6, und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 2.50, frei und Haus Nr. 2.02, wo keine Post am Orte, M. 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Subskriptionspreis: Einmal für die erste halbjährige Lieferung oder deren Raum 20 Pf. Vierteljährlich 40 Pf. Einzelhefte unter 10 Pf. Anzeigen für Arbeitsmarkt 15 Pf. Anzeigen für Vermittlung 25 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer nach der Bestimmung 1 Pf. in der Expedition abzugeben.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 54.

Breslau, Mittwoch, den 5. März 1913.

24. Jahrgang.

Einmal und nicht wieder.

Die patriotische Geste.

Die historische Festspielidee, durch eine Vermögensabgabe die einmaligen Ausgaben für die Militärvorlage zu decken, hat überall in der bürgerlichen Presse das stärkste Beifinden hervorgerufen. Wäre nicht alles Taktik und Spektakelrechnung, die ganze bürgerliche Pressegesellschaft wäre über dies unglückliche Kind patriotischer Phantasie mit Knütteln und Steinen hergezogen. So aber hält man sich zurück. Patrioten sind sie alle, zählen wollen sie keiner, und dabei haben sie fürchtbare Angst vor einander und vor der Sozialdemokratie: keiner will sich nachsagen lassen, daß er der erste gewesen, der erschrocken an das Portemonnaie gegriffen habe.

Trotzdem in der konservativen wie in der liberalen Presse, bei aller Zurückhaltung, Vorsicht, Diplomatie, das gleiche Mißbehagen! Und wenn wir ehrlich sein wollen — wir halten Ehrlichkeit immer noch für die beste Politik — dieses Mißbehagen ist begründet, und neben den schätzbaren Instinkten eines stets nur zur Aufopferung anderer bereiten Patriotismus sind es Erwägungen sehr ernster finanzieller Natur, die die allgemeine Abneigung gegen die einmalige Vermögensabgabe verständlich machen. Die „Voll. Ztg.“ meint in ihrem Montagartikel ganz zutreffend, wenn die Sozialdemokratie mit einem derartigen Vorschlag im Reichstag hervorgetreten wäre, so wäre ein Entrüstungssturm losgebrochen, man hätte von Expropriation der Expropriateure, von Konfiskation des Vermögens, von Aufhebung des Eigentums gesprochen. In ihrer Beweisführung ist alles richtig — bis auf die Voraussetzung, denn die Sozialdemokratie hätte einen derartigen Vorschlag eben niemals gemacht.

Der Sozialdemokratie kommt es nicht auf den Bluff, auf den theatralischen Effekt an, sondern sie will einfach und nüchtern die dauernde Herantreibung der besitzenden Klassen zu den Reichskassen und die dauernde Entlastung der Besitzlosen. Die Sozialdemokratie wird, sobald die einmaligen und dauernden Ausgaben der Militärvorlage bekannt sind, ihre Rechnung darüber aufstellen, um wie viel der Reichetat dadurch im ganzen belastet wird. Und sie wird, wenn es ihr nicht gelingt, die Militärvorlage zu Fall zu bringen, verlangen, daß die betreffende Summe aus Besitzlosen, d. h. aus Steuern auf die großen Erbschaften, Vermögen und Einkommen gedeckt wird. Ob das Geld für die einmaligen Ausgaben auf einmal auf den Tisch gelegt, oder ob eine notwendig werdende neue Reichsanleihe aus dem Mitteln der Besitzenden verzinst und getilgt wird, ist dabei eine verhältnismäßig nebensächliche Frage. Hauptsache ist, daß die Lasten von den Reichern getragen werden, daß die Armen über verschont bleiben und entlastet werden.

Die Haltung der bürgerlichen Presse aber, vor allem der offiziellen und der konservativen, bestätigt unsere Vermutung, daß man aus der großen patriotischen Festvorstellung noch ein Geschäft machen will. Die Besitzenden sollen den kleineren Teil der Last, die einmaligen Ausgaben, auf sich nehmen, der vielfach größere Teil der dauernden Ausgaben sollen dagegen wieder sachte auf die Schultern der Besitzlosen abgehoben werden. Anders kann man es nicht verstehen, wenn die „Vaper. Staatszeitung“ schreibt:

Einmal auf dem Boden der Uebereinstimmung über die große Frage, würden die Parteien, und darin liegt die weitere Bedeutung der geplanten Vermögensabgabe, leichter gemeinsame Wege für die Beschaffung der laufenden Ausgaben finden.

Darin liegt, wie wir schon gesehen haben, eine Verschönerung des Tatbestandes. Die „große Frage“ ist nicht, wie die erste Milliarde aufgebracht werden soll, sondern woher die vielen anderen Milliarden genommen werden sollen, die die Vorlage im Laufe der Jahre kosten wird. Die „große Frage“ ist nicht, wie man sich aus einer augenblicklichen Verlegenheit hilft, sondern wie man die im Jahre 1909 „geordneten“ und jetzt wieder gänglich gewordenen Reichsfinanzen dauernd in Ordnung halten kann. Zu diesem Zweck wird nach den vorliegenden Schätzungen mindestens ungefähr eine Viertelmilliarde neuer jährlicher Einnahmen notwendig sein. Wer zahlt die? Das ist die „große Frage!“

Auf diese große Frage aber klingt aus dem Lager der Besitzenden die Antwort zu uns herüber: „Wir nicht!“ Einmal wollen sie, wenn es schon garnicht anders geht, in die Tasche greifen, aber nur, wenn man ihnen schriftlich gibt, daß sie es nie, nie wieder zu tun brauchen. So schreibt auch das schon erwähnte bayerische Regierungsorgan:

Daß die Anwendung dieses Prinzips nur eine einmalige und ausnahmsweise, durch die außerordentlichen Umstände bedingte sein kann und darf, darüber besteht wohl nirgends ein Zweifel.

Der konservative „Reichshot“ erwartet, daß Vorsorge getroffen wird, um die Sozialdemokratie zu verhindern, gegebenenfalls durch das dem Reichstag jetzt zum ersten Male gebotene Mittel einer einmaligen Abgabe vom Vermögen auch für andere ihr geachtete Zwecke. Geld in Hülle und Fülle zu schaffen. Es wird also eine gesetzliche Sperrvorrichtung gewünscht, um die Heranziehung der Vermögens-

abgaben zu Zwecken der Kulturförderung und der sozialen Fürsorge zu verhindern. Und obendrein wird noch „aufs schärfste betont“, daß selbst für die heiligen Zwecke des Militarismus nur eine einmalige Vermögensabgabe erlaubt werden darf. Nicht minder hat die „Kreuzzeitung“ ernsthafte Bedenken gegen den Plan, die nicht einmal so sehr in einer einmaligen Durchführung als vielmehr in den Konsequenzen für die Zukunft begründet sind.

Diese Angst vor den Konsequenzen ist weiter nichts als Angst vor der Sozialdemokratie, eine Angst, die allerdings zum Teil auf sehr unzureichenden Vorstellungen vom Wesen der sozialdemokratischen Finanzpolitik beruht. Die Sozialdemokratie denkt nicht daran, die Expropriation der Expropriateure auf dem Wege der Besteuerung zu versuchen, es wäre dies das denkbar ungeeigneste Mittel. Steuern sind nicht dazu da, um die Expropriateure zu expropriieren, sondern um die Bedürfnisse des Staates zu decken. Nennt man es schon Expropriation, wenn die Steuern von denen bezahlt werden sollen, die es dazu haben, so ist es eine noch viel grausamere Expropriation, wenn man sie dort nimmt, wo beinahe nichts mehr zu holen ist. Sollen die Arbeiter in den letzten zwanzig, dreißig Jahren das Geld, das ihnen das Reich abnahm, auf die hohe Kante legen können, dann hätten die meisten schon ein ganz nettes Sparkassenbuch. Nicht für die Besizenden, nur für die Besitzlosen wirkt die Besteuerung als eine Expropriation. Eine Expropriation bis aufs bloße Hemd!

Um dieser Expropriation der Armen Einhalt zu tun, will die Sozialdemokratie die Reichen besteuern. Nicht der „Expropriation der Expropriateure“ zullebe, die steht auf einem ganz anderen Platz. Und so wäre es an der Zeit, die Diskussion über die Deckungsfrage aus dem Gebiet unklarer Phrasenhaftigkeit und unwahrer Theatralik wieder auf den Boden der nüchternen Sachlichkeit zu bringen. Dazu ist aber vor allem nötig, daß die Regierung — statt die bunten Einfälle einer finanzpolitisch blutleeren Romantik in die Öffentlichkeit zu werfen — einen klaren umfassenden Plan zur Deckung der beabsichtigten Neuausgaben veröffentlicht. Das Volk will von den Fürsten des Throns, des Großgrundbesitzes und der Börse keine verdächtigen Geschenke, es fordert von ihnen, daß sie bei der Tragung der Reichslasten, der Neuordnung der Reichsfinanzen tun, was ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit ist!

Die „Nationalzeitung“ erzählt, beabsichtigt die Regierung, bei der Veröffentlichung des Steuergesetzes sich unmittelbar an das Volk mit einer Kundgebung zu wenden, die ausdrücklich auf die Analogie der Selbstbesteuerung des Volkes im Jahre 1813 hinweist und betont, daß die politische Entwicklung der letzten Zeit das friedliebende deutsche Reich zwingt, für seine Wehr und Sicherheit außerordentliche Opfer zu bringen.

Bei der Besteuerung strebt die Regierung nach derselben Quelle eine ganz gleichmäßige Erfassung des mobilen und immobilien Kapitals an. Die Besteuerung soll nicht gestaffelt sein und nur die physischen Personen erfassen, nicht auch die juristischen.

Die erste Anregung, die einmaligen Heereskosten durch eine einmalige Vermögensabgabe aufzubringen, ist angeblich vom Kaiser persönlich ausgegangen, der sich auch an die Bundesfürsten mit dem Vorschlag gewendet hat; in diesem einen Falle auf das ihnen zustehende Vorrecht der Steuerfreiheit freiwillig zu verzichten. Dieser Vorschlag fand, wie behauptet wird, sofort allgemein freundliche Zustimmung.

Die „Nationalzeitung“ weiß weiter zu berichten, daß der Reichskanzler von der Aufnahme, die sein Steuerplan bisher in politischen und parlamentarischen Kreisen gefunden hat, durchaus befriedigt ist, und daß er aus den Besprechungen mit den Parteiführern und sonstigen Persönlichkeiten von Bedeutung den Eindruck gewonnen hat, daß er die grundsätzliche Ablehnung des Gedankens nicht zu befürchten hat. Es sei als sicher anzunehmen, daß die Besteuerung nicht gestaffelt sein wird, und daß sie nur die physischen Personen erfassen soll, nicht aber die juristischen.

Vom Balkan.

Die Römer „Tribuna“ veröffentlichen das Resultat von Besprechungen mit den Botschaftern von Bulgarien, Serbien und Griechenland. Diese erklärten, daß die Balkanstaaten geneigt seien, das Anerbieten der Mächte in Form einer Mediation anzunehmen, nicht aber in Form eines Schiedsgerichts. In Sofia machten Vertreter der Triple-Entente jedoch die Eröffnung, über den Entschluß der Türkei, den Friedensabschluß der Vermittlung der Mächte anzuvertrauen. Da eine diesbezügliche Mitteilung der anderen Mächte noch fehlt, fand ein abends abgehaltener Ministerrat keinen Anlaß, die Antwort zu redigieren, doch verkündet aus guter Quelle, daß die Verbündeten ohne vorherige Jugendändnisse der Pforte in der Gebiets- und Kriegsschadigungsfrage die Vermittlung der Mächte kaum annehmen dürften.

Keine Schlachten.

Konstantinopel, 3. März. Ein amtlicher Kriegsbericht besagt: Infolge des seit zwei Tagen herrschenden Sturmes und Schneewetters wurden bei Sulair und auf der

Schatakalschalinie keine militärischen Operationen durchgeführt. Der Feind bombardierte gestern Adrianopel in Zwischenräumen. Der Gesundheitszustand der Truppen ist trotz des schlechten Wetters überall ausgezeichnet.

Konstantinopel, 3. März. Der Vorschlag, wonach die gesamte Zivilbevölkerung und nicht bloß die Fremden allein Adrianopel verlassen sollen, ist auch auf Estuari und Janina ausgedehnt worden. Er ist von Oesterreich und Rußland gemeinsam beantragt und mit Gründen der Menschlichkeit motiviert worden.

Konstantinopel, 2. März. Nach Berichten von Stellen der letzten hier ankamen, wurden am Sonnabend der italienische Dampfer „Monza“, ein Dampfer der Marceller Gesellschaft, sowie ein englischer Dampfer von bulgarischen Partisanen beschossen, als sie Scharkoj passierten. „Monza“ ist schwer beschädigt aufgelaufen, der französische Dampfer erhielt ein Loch, das man jedoch zuspitzte. Er setzte dann seine Fahrt fort. Wie es heißt, wird der italienische Postdampfer energisch dafür eintreten, daß ein italienischer Panzer nach Scharkoj gesandt wird.

Rußland und Oesterreich.

Wien, 3. März. Wie das „Neue Wiener Abendblatt“ aus bestunterrichteten ungarischen Kreisen erfährt, wurden von der Armeeführung alle vorbereitenden Schritte für den Abtransport und die Demobilisierung der an der galizischen Grenze stehenden Truppen getroffen.

Politische Uebersicht.

Der Werdegang der Militärvorlage.

Es gibt kein Geschäft, zu dem sich ein Offizier nicht willig hergibt. Drum scheut sich auch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ nicht, ein Spiel aufzuführen, wie es ihr von der Regierung aufgetragen ist. Das Volk — das ist die Voraussetzung der artigen Komödie — kann die Einbringung der neuen Militärvorlage garnicht mehr erwarten, da tritt der Offiziosus auf und beschwichtigt es, zur Geduld mahnend. Die sehnlich Erwartete werde ja bald kommen. In diesem Sinne schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“:

In der Öffentlichkeit und der Presse zerbricht man sich die Köpfe darüber, warum die Regierung mit der Einführung der Heeresvorlage zögert. Von einem Bögen kann aber gar nicht die Rede sein, die Vorlage ist eben noch nicht so weit, daß sie bereits eingebracht werden könnte. Auch von einem „Verzögern der Heeresvorlage“ darf man nicht sprechen; denn der Entschluß unserer Wehrkraft erneut zu verstärken, ist wie an dieser Stelle bereits Mitte Dezember angekündigt worden, alsbald nach dem Abschluß der Verhandlungen im Südosten Europas gefaßt worden. Wie das zu geschehen habe; bedurfte gründlicher Erwägung, und zwar um so mehr, als es für uns nicht auf einen Bluff des Auslandes ankommen, sondern nach dem Ernst der Lage sich nur um den wohlüberlegten, großzügigen Ausbau unserer Wehrmacht unter Ausnutzung des gesamten bisher brachliegenden Teiles des wehrkräftigen Volkes handeln konnte. Ueberlegung wäre, wenn irgendwo, gerade hier sachlich gewesen. Die für die Durchführung dieser, wie aller Maßnahmen auf dem Gebiete des Heereswesens grundlegenden Entscheidungen des Kaisers fiel im Januar. Seit diesem Zeitpunkt sind die beteiligten Stellen der Reichsregierung mit Uebertragung der gefaßten Entschlüsse in die nun einmal notwendige Einzel- und Gesetzesform mit Anspannung aller Kräfte beschäftigt, und wenn es gelingt, die Vorlage um die Mitte dieses Monats an den Bundesrat zu bringen, so ist das eine außerordentliche Leistung, die allerdings nur derjenige einzuschätzen in der Lage ist, der sie selbst einmal zu leisten gehabt hat. Wenn dann der Reichstag die Vorlage noch vor Pfingsten unter Dach bringt, so ist auch keine Zeit verloren; denn die geforderten Heeresverpflichtungen können sämtlich spätestens am 1. Oktober 1913 durchgeführt werden. Nach Einführung der zweijährigen Dienstzeit ist ein anderer Zeitpunkt als der Herbst für die Durchführung größerer Organisationsänderungen nicht möglich ohne eine bedenkliche Erschlüpfung des Gesamtorganismus des Heeres und ohne Schädigung der sorgfältigen Ausbildung der bestehenden Truppenteile. Um die nötigen Vorbereitungen zu treffen, ist es allerdings erforderlich, daß die Heeresverwaltung spätestens um Pfingsten die Vorlage zum Gesetz erhoben sieht. Wenn man aber bedenkt, daß die einer großen Heeresvorlage günstige Stimmung im Volk und Parlament abzuwehen könnte, so schämen wir, beide höher ein. Nicht augenblickliche Stimmungen, sondern die tiefeingewurzelte Ueberzeugung von der Notwendigkeit, unsere Wehr nachhaltig zu verstärken, wenn wir uns in der Welt fernherhin durchsetzen wollen, haben bei uns in aller Kürze kommenden Vorlage den Boden im deutschen Volke bereitet, wie das seit langer Zeit bei keiner Heeresvorlage der Fall gewesen ist. Daher ist die Ueberzeugung und die Erwartung im Volke auch erklärlich. Die wird nicht enttäuscht werden.

An diesen Mitteilungen des Regierungsblattes ist die interessanter die, daß die grundlegende Entscheidung Wilhelm II. im Januar gefallen ist. Am 8. Januar erfolgte bekanntlich schon die sensationelle Mitteilung der „Post“ über den Inhalt der neuen Militärvorlage, die als „von hoher militärischer Seite“ stammend bezeichnet wurde. Es wäre interessant festzustellen, ob diese „hohe militärische Seite“ von der Regierung zu jener Veröffentlichung autorisiert war oder nicht. Im ersten Fall würde auf das Verhältnis der Regierung zu dem wüßtesten Blatt der alldeutschen Kriegsbege ein eigenartiges Licht fallen, im zweiten aber würde man annehmen müssen, daß die hohe militärische Seite unter Bruch des Dienstgeheimnisses ein Manöver auf eigene Faust unternommen hat, um Wilhelm II. festzusetzen und alle Widerstände in der Regierung zu brechen. Vielleicht findet sich im Reichstag Gelegenheit, Aufklärung darüber zu

schaffen, ob seine Auffassen erregende Mitteilung des vorläufig unterrichteten Standbildes von der Regierung ausgegangen ist oder ob sie sich gegen sie gerichtet hat.

Die Marinedebatte.

Die bürgerlichen Parteien haben, wie es scheint, zur deutschen Flottenpolitik nicht zu sagen. Sie schweigen weigentlich mit einer unüberwindlichen Beharrlichkeit. Raum daß sie in der Generaldebatte eine Serie von Rednern zu knappen Erklärungen auf die Tribüne belegiert haben, und daß sie nachgefragt zu besonderen Spezialfragen das Wort ergreifen. So kann Herr v. Tirpitz die Freude erleben, nach zwei Sitzungstagen den Reichstag wieder auf ein Jahr verlassen zu dürfen. Es kann sein, daß diese Enthaltenspolitik erheblich mitbestimmt wird durch die Aussicht, schon am Sonnabend in die Osterferien zu gehen, eine Möglichkeit, mit der man jetzt schon allgemein rechnet. Entschieden aber ist zweifellos, daß außer unserer Fraktion alle übrigen mit der Politik der Flottenrüstungen einverstanden sind und mit Absicht diese Zustimmung durch ihr Stillschweigen zum Ausdruck bringen.

Auch die Gegner begreifen es, daß wir da selbstverständlich nicht mitmachen, vielmehr die Auffassung der Arbeiterklasse deutlich und mit aller Energie vertreten. Genosse Noack ist dieser Aufgabe in seiner heutigen Rede voll und gerecht geworden. Er begründete sich nicht damit, dem ewigen Wettstreit, das in allen Ländern die bürgerlichen Parteien fördern und weitertreiben, den Willen des internationalen Proletariats zur Verständigung entgegenzustellen. Er untersuchte an der Hand des Etats die Einrichtungen der Marine und der Marineverwaltung mit einer für den Staatssekretär unangenehmen Kenntnis der Materie. Auch den bürgerlichen Parteien war diese Kritik nicht immer angenehm, und namentlich Herr Erzberger war etwas peinlich berührt durch den Nachweis, daß er, der aufdringliche Schulmeister, seine eigenen Anschauungen von Zeit zu Zeit in Grund und Boden polemisiert. Aber die Antwort, die er unserem Redner erteilen wollte, fiel in allgemeinen Redensarten recht bedeutungslos aus. Nicht viel mehr kann man von der Erwiderung des Staatssekretärs sagen, der sich heute besonders leicht machen wollte. Genosse Noack hatte nachgewiesen, daß der Kaiser selbst im Gegensatz zu Herr v. Tirpitz früher die dekadente und familiäre Bestimmung seiner Lustjacht hervorgehoben hatte, für deren Umbau jetzt Kredite gefordert werden. Darüber schweig er sich vollständig aus.

Rüstungskosten-Debatte im preussischen Landtag.

Die allgemeine Besprechung der wirtschaftlichen Lage der preussischen Eisenbahnen in der Montagfrühung des Dreiklassenhauses gestaltete sich zu einer Auseinandersetzung über die Aufbringung der neuen Militärlasten im Reiche. Die liberalen Redner forderten nämlich unter Hinweis auf die einmalige Vermögensabgabe die Aufhebung der Steuerzuschläge in Preußen. Genosse Ströbel, der in gründlicher Rede die überaus glänzende Finanzlage der preussischen Bahnen nachwies, daraus die gute Möglichkeit der besseren Bezahlung des Personals ableitete und für die Befriedigung des Verkehrsbedürfnisses der proletarischen Reisenden in der 4. Klasse und in den Vorortzügen der Großstädte eintrat, wies das Verlangen der Liberalen scharf zurück; die einmalige Vermögensabgabe bedeute in der angelegentlichsten Form keineswegs eine erhebliche Belastung des Reiches, während die Aufhebung der Steuerzuschläge ein glattes Geschenk an die Reichen und Reichsten sein würde. Vielleicht würde die Rüstungsbegeisterung der Kapitalisten

etwas gedämpft werden, wenn sie die Kosten selbst bezahlen müßten! Der Finanzminister wies das liberale Verlangen trotz der Beschwerden Dr. Friebergers ebenfalls zurück und war so ungefällig, sich zum Schaden der Reichsfinanzwirtschaft bei seinen Betrachtungen über die preussische Finanzpolitik scharf zu dem Grundsatze „keine Ausgabe ohne Deckung“ zu bekennen, was die Pflicht zur großen Verlegenheit des Herrn Senke sofort feststellte. — Von einer Abschaffung der 1. Klasse und von der Einführung der 4. Klasse in den Schnell- und Eilzügen will Herr Breitenbach natürlich nichts wissen. Dienstag: Wetterberatung.

Abscheu vor dem Reichstag.

Die „Berliner Politischen Nachrichten“ gehen auf die Frage der Umwandlung der preussischen Staatsbahnen in Reichseisenbahnen ein und geben ihrer Freude darüber Ausdruck, daß dieser Gedanke wahrscheinlich niemals in Erfüllung gehen wird. Das offiziöse bediente Blatt führt aus:

„Man braucht sich nur zu vergegenwärtigen, wie stark im Reichstag Wahl- und Populäritätsrückichten sich namentlich gegenüber Reichsbetrieben geltend machen und damit die Forderung zusammenhalten, daß alle in die preussischen Staatsbahnen nahezu eine halbe Million Beamte und Arbeiter beschäftigen und daß die Zahl der Bediensteten der Eisenbahnverwaltung die gleiche Zahl von Wählern beute. Es unterliegt daher keinem Zweifel, daß bei etwaiger Verwirklichung des Reichseisenbahngedankens der Reichstag mit seinem vollen Gewicht ohne Rücksicht auf die Wirtschaftlichkeit des Eisenbahnbetriebes Wahl- und Populäritätsrückichten bei ihm watten lassen würde. Die Folge davon würde sicher nicht nur der Fortfall der beträchtlichen Zuschüsse sein, die heute die Staatsbahnen zu dem allgemeinen Staatsaufwand leisten, sondern auch voraussichtlich die Desorganisation des gesamten Personals und die Lockerung des schon im Interesse der Betriebssicherheit so unbedingt erforderlichen Disziplins. Wie die Dinge sich jetzt entwickeln, muß man es als ein Glück bezeichnen, daß innerhalb der Reichseisenbahngedankens an dem Widerspruch der außerpreussischen mit Staatsbahnen ausgestatteten Bundesstaaten scheiterte.“

Eine schärfere Verurteilung des preussischen Landtags, als sie in diesen Zeilen zum Ausdruck gelangt, ist nicht gut zu denken. Man fürchtet, daß der aus allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlen hervorgegangene Reichstag zuviel für das Wohl der Arbeiter, der Angestellten und der Beamten tun könnte und preist sich deshalb glücklich, daß der Reichstag in die Verwaltung der preussischen Eisenbahnen nichts hineinzubringen hat. Gleichzeitig legt aber in dieser Auslassung eine überaus übelhafte Anpöbelung und Gerabsetzung des Reichstags, der allerdings den Postetat, den Etat der Marine und des Reichsheeres zu beraten hat, wobei Arbeiterfragen eine außerordentlich große Rolle spielen. Der Reichstag hat dabei aber niemals aus dem Auge verloren, daß auch die Wirtschaftlichkeit dieser Betriebe sehr wohl in Rücksicht gezogen werden muß. Im preussischen Dreiklassenhaus allerdings verhalten die Wünsche der Arbeiter, die nur von den Sozialdemokraten wirksam vertreten werden, meist völlig ungehört. Daß man hier den preussischen Landtag gegen den Reichstag auspielt, ist lediglich ein Ausfluß solcher schärfmacherscher Auffassungen, wie sie in diesen Tagen erst wieder der preussische Eisenbahndirektor v. Dreitenbach im Reichstag zum Ausdruck gebracht hat.

Schmuck an der Arbeit.

Die sozialdemokratische Gemeinderatsmehrheit in Gera in Neuh. L. erfreut sich in ausgiebigem Maße der Aufmerksamkeit auch der auswärtigen bürgerlichen Presse, die sich von einem Geraer Zeilenfänger über die Tätigkeit dieser Mehrheit mit jenen Schwindelnotizen bedienen läßt, die dann bei Wahlkämpfen in allen Gegenden Deutschlands von den Gegnern gegen unsere Partei ausgespielt werden. Ein Beispiel mag diese lügenhafte Berichterstattung beleuchten. Die auswärtige

tige bürgerliche Presse berichtet aus Gera über die Beratung des Etats im Gemeinderat:

Weiter wurde dem Stadtkammerer eine Alterszulage, die vorabattet werden sollte, abgelehnt, was die Sache vor etwa zwei Wochen noch nicht hat zu klären wollen, daß der städtische Heberzins für das Jahr 1911/12 nicht 125.000, sondern 360.000 Mark betrug. Der Verleser des Oberbürgermeisters, daß der Kammerer erst in der letzten Woche die nötigen Unterlagen erhalten hat, glaubte die Mehrheit nicht. Die Ablehnung wird also als Reaktion der sozialdemokratischen Mehrheit geschilbert. Diese Darstellung ist glatt erlogen. In Wirklichkeit befaßt sich die Sache so: Der Gehaltsausschuß bewilligte dem Kammerer im Vorjahre eine Alterszulage, die noch nicht fällig war. Das sollte auch dieses Jahr wieder geschehen. Der Stadtausschuß, dem auch bürgerliche Mitglieder angehören, erklärte sich aber einstimmig gegen diese Vordatierung, um nicht das Gehaltsregulativ zu durchbrechen. Ein bürgerliches Mitglied begründete diese Stellungnahme und betonte ausdrücklich, daß der Ausschuss sich nicht von persönlichen Interessen leiten lassen würde und nur der niederschaltenden Durchbrechung des Gehaltsregulativs vorbeugen wollte. Bürgerliche Debatte-Redner stimmten dem zu. Das alles verweigert der Schmod in seiner Gemeinderatsmehrheit. Die Mehrheit ist klar: Die sozialdemokratische Gemeinderatsmehrheit soll um jeden Preis verdrängt werden. Und die auswärtige bürgerliche Presse, an die Schmod diese Schwindelnotizen verbleibt, hat es noch nie für nötig befunden, richtig zu stellen, was als Schwindel nachgewiesen wurde.

Die Osterferien des Reichstages. Nach den ursprünglichen Abmachungen sollten die Sitzungen des Reichstages bis zum 14. März dauern, um dann nach einer kurzen Osterpause wieder aufgenommen zu werden. Blühlich ist darin eine Veränderung eingetreten. Der Reichstag soll nämlich bereits am kommenden Sonnabend, den 8. März, in die Ferien gehen und erst am 2. April wieder zusammenzutreten. Neben dem Marine-Etat sollen diese Woche noch der Kommunal-Etat und das Staatshochschulwesen erledigt werden. Die nachstehenden Etats: Militär-Etat, Auswärtiges Amt, Reichsanwalt, Reichshauptamt usw. können gegenwärtig nicht beraten werden, weil man in diesen Elementen alle Hände voll zu tun hat mit der Vorbereitung der Militärvorlage und der Frage der Deckung. Der Etat des auswärtigen Amtes kann nicht beraten werden, weil der neue Staatssekretär v. Jagow sich noch nicht völlig in sein neues Amt eingearbeitet hat, so daß für die nächsten Wochen Beratungsstoff für das Plenum des Reichstages nicht vorhanden wäre. Man rechnet damit, daß Mitte nächster Woche die neue Militärvorlage veröffentlicht wird.

Eine Sinecure. Der bisherige Militär-Attache an der preussischen Gesandtschaft in München, Major Freiherr von Bernstein, ist durch den preussischen Major von Wertheim ersetzt worden. Dieser Posten ist eine Sinecure, wie sich in dem an solchen Stellen ziemlich reichen Etat nur wenige finden. Die Aufgabe eines Militär-Attaches besteht darin, daß er die Entwicklung des Heeres in dem Lande, in dem er beurlaubt ist, genau verfolgt und über seine Erfahrungen an seinen Heimatstaat berichtet. Was aber ein preussischer Major in München zu beobachten hat, und was er über die Entwicklung der bayerischen Armee nach Berlin berichten soll, das ist völlig unverständlich. Von sozialdemokratischer Seite ist mehrmals in der Budgetkommission der Antrag gestellt worden, diesen Posten als vollkommen überflüssig zu streichen. Die dem Antrag wurde aber entgegengehalten, daß es sich hier um einen Staatsvertrag zwischen Preußen und Bayern handele, der nicht einseitig aufgehoben werden könne. Nachdem diese Stelle jetzt erledigt war, wäre es unbedingt abgebracht gewesen, sie unbesetzt zu lassen, denn es heißt denn doch das Geld der Steuerzahler mit beiden Händen zum Fenster hinauswerfen, in München einen Major zu unterhalten, der sich höchstens den Kopf darüber zerbrechen muß, wie es ihm gelingt, seine Zeit totzuschlagen.

Eine Nachwahl zum Sippischen Landtage an der der liberale Reichstagsabgeordnete für Lippe Dr. Neumann-Doser beteiligt war, hat zwar diesem in der Stichwahl am 1. März den Sieg gebracht, aber das Ergebnis ist für den Niedergang des Liberalismus bezeichnend. Unter Genosse Weder blieb nur 50 Stimmen hinter der liberalen Stimmenzahl zurück, und das in einem Kreise, der bisher als absolut sicher für die Liberalen galt.

Das Verbrechen des „Kameraden“. In Bartenstein starb dieser Tage ein Maurer, der 25 Jahre lang dem Kriegerverein angehört und über 500 Mark an Beiträgen bezahlt hat. Er sollte nun unter Beteiligung des Kriegerver-

In schlimmen Händen.

Roman von Erich Schlaifer.

12] (Nachdruck verboten.)
Kamuffen ging von „Balbeslust“ immer unmittelbar in seine eigene Geschäftswelt zurück, die im südlichen Teile der Stadt am Pferdemarkt lag. In der Stunde vor dem Abendessen begann bei ihm ein etwas regerer Verkehr und dann wollte er auch die Vorbereitungen zum Abendessen persönlich überwachen. Sein Gasthof war auf Bürger und Bauern berechnet, zugleich aber war er von einer so peinlichen Sauberkeit und von einer so angenehmen Wohlhabenheit in allen Dingen, daß sich die Einzelheiten oft nach ihm zurücksehnten, wenn sie anderswo in einem teuren Hotel schlafen mußten. Um zehn Uhr entfernten sich im allgemeinen die letzten Gäste und Kamuffen pflegte dann noch einen stillen Grog zu trinken und dazu aus der langen Pfeife zu rauchen. In dieser Stunde pflegte er den Tag zu überdenken, der Erlebnisse nachzugehen und von der Zukunft zu träumen. Es waren selten seine letzten Stunden, die er auf diese Weise in der Einzaamkeit verbrachte. Was in diese Stille und diese Stunden nicht hineinzupassen schien, wies er von der Hand und ging dann mit sorglosen Gedanken seinen Schlafgedanken nach. Abermals war Dagmar oft in diesen Träumen; sie hatte seinen rechtlichen Gefühl ein Fest beteuert, indem sie trotz ihrer Herkunft ein so tüchtiges Mädchen geworden war. War es nicht die Pflicht eines jeden, einem so tüchtigen Menschen in jeder Weise beizustehen? Und in Kamuffen reifte langsam ein großer Plan. Er wollte helfen, er dem Gena, das hier so schön empfangen begann, und er wollte auch, wie er es machen konnte.
„Wo ist denn heute Lorenz Kamuffen?“ fragte nach einigen Tagen der Jahnstanz, in unserer geliebten Vaterstadt ist er der einzige Mensch, der andere glücklich sehen kann, ohne neidisch zu werden. Er wird was doch nicht verfallen wollen!“
„Wenn er nur nicht krank ist“, meinte Dagmar, sie hatte nicht den Eindruck, daß Kamuffen dem Garten weichen werden würde. Als er aber gar nicht kommen wollte, machte sie doch einen Gang durch den Garten und suchte im unteren Teile die unteren und oberen Ränder ab. In einer dieser Ränder fand sie auch richtig Lorenz Kamuffen, der mit sorglosen Gedanken darauf wartete, von ihr entdeckt zu werden. „Aber Kamuffen“, rief sie ununter und zugleich erstaunt, was machen Sie für Sachen?“
„Kamuffen lächelte. Lassen Sie einmal das Geschäft aus dem Auge und sehen Sie sich mir gegenüber.“
Dagmar ließ sich sofort auf den Stuhl nieder, neugierig, aber doch so beschaffen wie eine Schülerin dem Lehrer gegenüber.
„Sie wissen, Fräulein Engelhardt, daß meine Frau schon seit mehr als sechs Jahren tot ist.“

„Sie wissen vielleicht auch, daß meine Nachbarin, Etine Andreen, ziemlich oft zu mir hineinkommt und nach dem Rechten steht.“ Dagmar nickte auch das.
„Das ist für mich eine sehr gute Stütze gewesen; aber etwas Reelles und etwas Ganzes ist es ja doch nicht. Ich komme mich in der Woche zu wenig aus und den größten Teil des Tages hat das Weibervolk doch keine rechte Aussicht. Wenn ich fort bin, ist auch niemand für die Gaststube da. Ein junges Mädchen, das ich im Hause habe, bedient dann die Gäste rechtlich und fleißig; aber vom Geschäft versteht sie ja doch im Grunde nichts.“
Dagmar hing mit ihren schönen braunen Augen an seinen Lippen; sie schien aber durchaus nicht zu verstehen, warum er ihr das alles erzählte. Kamuffen ließ eine Pause eintreten; es war ihm von ihr keine Antwort. Er sah nun wohl, daß er deutlich werden mußte, und indem er sie mit seinen gültigen Augen tief und lange anblickte, sagte er ernst und gleichzeitig im Bewußtsein seiner Verantwortung: „Ich habe an Sie gedacht.“
„O Gott“, sagte Dagmar und sah wie ein frommes Kind vor sich nieder.
„Glauben Sie nicht, daß es gehen würde“, kam es gedämpft und etwas besorgt von Lorenz Kamuffen.
„Ich muß erst mit meiner Mutter reden“, sagte Dagmar und blinzelte ihr voll und ernsthaft an.
Kamuffen legte die rechte Hand ans Ohr; er glaubte nicht recht gehört zu haben und wartete gespannt und erstaunt auf eine nochmalige Antwort.
„Ich muß mit meiner Mutter reden“, sagte Dagmar noch einmal, wenn auch mit einem schüchternen Anstrich in den Augen; sie hätte im Winter noch viel sollen und hätte ihr von dort manches zu kommen lassen können. Wie lange noch, und sie begann eine alte Frau zu werden, Herr Kamuffen.“
Kamuffen nickte ernst und bedächtig.
„Es ist schön von Ihnen, jedes Fräulein, daß Sie daran denken. Sie haben Ihre Mutter aber doch eine viel bessere Stütze sein, wenn Sie hier bleiben. Oder glauben Sie, daß ich Ihnen noch weiter will? Haben Sie jemals von mir gehört, daß ich den Leuten Luthardt tue?“
Dagmar schüttelte den Kopf.
„Nun also, dann kommen Sie zu mir und Ihre Mutter wird keinen Mangel an lieben Bräutchen, wenn wirklich einmal das Alter kommt.“
„Ich glaube, daß ich zu Ihnen kommen werde“, Herr Kamuffen“, sagte Dagmar, indem sie sich erhob und ihm die Hand gab. „Rechnen Sie jedenfalls meinen besten Dank. Wenn ich in meiner Vaterstadt bleiben will, muß mir ja vor allem darum zu tun sein, in einem guten Hause zu leben und zu arbeiten.“
„Nicht wahr?“ rief Kamuffen mit leuchtenden Augen, und dann ging er selig nach Hause, weil er wieder einmal an einem guten Werke mitgeholfen hatte. Er würde den ganzen Tag von dem Gedanken an diese neue Tat getragen und es er ihm letzten Abends in der unruhigen Stunde seinen einjamen Gedanken nachging, mochte er sich die Zukunft an. Es sollte

ein Glück für ihn werden, wenn Dagmar gerade in seinem Hause ein Beispiel der Rechtschaffenheit und der Arbeit bot, und wenn sie ihn dann mitunter so voll und tief anblicken würde wie sie nur blicken konnte, war er mehr als reichlich bedacht. Ein wie gutes und nahezu frommes Kind war sie nicht am Nachmittag gewesen! Er bot ihr nicht nur einen Zufluchtsort, er hatte auch etwas im Hause, an dem das Herz sich erheben und erquickern konnte. Er sann in dieser Nacht noch lange, Lorenz Kamuffen.
Auf „Balbeslust“ aber hatte man ein Langkränzchen improvisiert und Dagmar flog in stillem Triumph von Arm zu Arm.
In der Fischerstraße sah die lange Marie vor der Tür und sah mit Wohlbehagen in eine große saftige Birne. Auf der anderen Seite der Straße war ein junger Fischer damit beschäftigt, ein paar lange Fischerfische mit Fett einzureiben; sie hatten in der Nacht vorher allzuviel Wasser bekommen und waren fleißig geworden. Dann und wann flog ein Witzwort über die Straße, und zwar im allgemeinen ein recht kräftiges. Die Sonne des frühen Nachmittags lag freundlich über dem Jbhl.
Von oben her kam mit kurzen schnellen Schritten die kleine muntere Frau Carlens aus dem Krämerladen an der Ecke der Schiffstraße. Ihre unterzogene Summe war im Städtchen sehr geschätzt und beliebt. Wenn in einer Kaffeegesellschaft seine rechte Stimmung aufkommen wollte, brauchte nur der blonde Kopf von Frau Carlens zu erscheinen und es entstand sofort ein Geklapper und ein Durcheinander, wie man es nur an den schönsten Fiestagen kannte. Die kleine stierische Frau mit den entschlossenen schnellen Bewegungen hatte im Leben viel Energie beteuert und ihr Humor hatte oft genug die Probe bestanden. Sie hatte mit ihrem Manne sehr klein angefangen, so armelig klein, daß sie sich fast schämen mußten, wenn die Fremden den Boden betraten. Die kleine Frau aber war unverbrossen gewesen und ihre Kraft hatte auch alle Hindernisse überwunden. Die Konkurrenten hatten das Puppenstückchen von einem Laden zurecht gar nicht beachtet, dann aber gingen ihnen langsam die Augen auf und sie fingen an, ihn zu belumpfen, und nun war das kleine Geschäft längst ein Faktor, dem man nichts anhaben konnte und den man anerkennen mußte. Septimus Müller hatte jedesmal einen roten Tag, wenn er der kleinen geschickten Frau begegnete. Als alter Junggeselle hatte er sonst seine eigenen Gedanken über das weibliche Geschlecht, und keine allzu schmeichelfähigen. Die muntere Frau Carlens aber war eine Ausnahme, der nichts an die Seite gesetzt werden konnte; er hatte ihre Ehe in der ganzen Entwicklung beobachtet und sie war sein erklärter Liebling geworden. Außerdem behauptete er, daß sie das einzige weibliche Wesen sei, das medizinisch einen vorzeitigen Einbruch mache; die gleiche Gefahr sei gleichsam aus Stahl und Energie zusammengefügt. Für die körperliche Leistungsfähigkeit der Frauen im allgemeinen hatte er nur ein verächtliches Wort.
(Fortsetzung folgt.)

eins überdient werden. Die Bekanntmachung dazu war erlassen, doch am anderen Tage prangte im Sozialistischen folgende Angelegenheit:

Kriegsverein Ostpreußen.

Die Beteiligung des Kriegsvereins an der Leichenfolge des Mannes Sachs unterbleibt, weil er einer freien Gewerkschaft angehört hat. Der Vorsitzende: Reichert. Dem langjährigen Mitglied sollte also niemand folgen, weil er einer Gewerkschaft angehört hätte. Das galt dem Vorsitzenden als ein schandvolles Verbrechen. Die Mitglieder haben sich aber nicht daran gelehrt. Es konnte ein großes Gefolge verzeichnet werden und nur die „Führer“ der Kriegsvereins haben gefehlt.

Ausland.

Die Angst vor der Revolution.

Der vergangene Sonntag war für Ungarn ein Tag der Aufregung, nicht nur für die Hauptstadt, sondern für das ganze Land. Der Oberstadthauptmann von Budapest hat wieder einen Befehl erlassen, und zwar will er nach echt russischer Art die Hausmeister seiner Wohnmöglichkeit unterstellen. Der Befehl verfügt, daß die Hausmeister um 7 Uhr abends 90 Minuten werden müssen. Sämtliche Straßenfenster sind mit Rollläden zu versehen, die bei den geringsten Erschossen geschlossen werden sollen. Ferner fordert der Oberstadthauptmann die Hausmeister auf, fremde Personen in den Häusern nicht zu dulden. In die Arbeiter und Unternehmer richtet er die Aufforderung, wenn sie selbst in ihrer friedlichen Arbeit gestört werden sollten, sich sofort an das nächste Polizeibüro zu wenden. Zum Schluß betont er, daß Polizei und Militär bei Widerstand sofort von den Schusswaffen Gebrauch machen.

Auch die Regierung tut das ihrige. Vor frühmorgens am vergangenen Sonntag, mit Schlägen und Schand, sind die Anlagen der Kasernen und Schulgebäude zu. Unter jedem Regiment ging auch die rote Kreuz-Genossenschaft mit ihren Feldbahnen. Jeder Eisenbahnzug bringt Massen von Genossen, die mit ihren Koffern und Säcken besetzt durch die Straßen eilen. Es scheint, daß die Regierung ihre Maßregeln deshalb so öffentlich macht, um die Arbeiterschaft einzuschüchtern. Auf Drängen der Militärbehörde hat der Leiter der städtischen Schulverwaltung den Soldaten vier große Schulgebäude zur Quartierung bewilligt. Es geschah dies deshalb, um die Bürger vor den Schikanen der Einquartierung zu schützen. Es wird öffentlich bekannt gemacht, daß jeder Soldat 140 scharfe Patronen bei sich führt.

Am Montag gingen die Arbeiter wie gewöhnlich, wenn auch widerwilliger, in die Werkstätten und Fabriken und harrten des Zeichens von der Partei, daß der Streik beginnt. Die Parteileitung fordert in der Presse die Arbeiter auf, sich von falschen Gerüchten der bürgerlichen Presse nicht irreführen zu lassen und erst dann die Arbeit niederzulegen, wenn von der Parteileitung die Anweisung kommt.

Die Parteiführer vom Sonntag wurden wieder konfrontiert. Die fortwährenden Konfrontationen haben nur den Zweck, die Provinz von der Hauptstadt abzuwehren. Auf die Arbeiter machen sie keinen Eindruck mehr. Gerüchteleise verlautet, daß die Regierung die Telegramm- und Telefonleitungen eingeschlossen hat, ferner die Parteileitung, die auf telegraphischem oder telephonischem Wege die Arbeiterschaft der Provinzstädte zum Streik aufzurufen, nicht zu befähigen. Die Parteileitung hat in ihrer Sonntag-Rede Mittel und Wege gefunden, die Arbeiter trotz dieser Verordnung zu verständigen.

Das Ministerium des Innern hat an sämtliche Bezirksleiter des Landes verlegte Ordern verschickt, die am 3. März zu öffnen sind und nach denen streng gehandelt werden soll. Es sind dies vermutlich die Streikmaßregeln.

Da die Tagesblätter beharrlich falsche Gerüchte über den Ausschub oder die Abweisung des Generalkriegs verbreiten, hat die Parteileitung folgende Erklärung veröffentlicht:

„Die Parteiführer werden darauf aufmerksam gemacht, daß sämtliche Gerüchte über den Beginn des Streiks wie über die eventuelle Abweisung, die die bürgerlichen Blätter verbreiten, falsch und erlogen sind. Die Parteileitung erklärt, daß sie vom außerordentlichen Parteikongreß die Pflicht übernommen hat, dem Generalkriegs ebenfalls einzuberufen und behält sich das Recht vor, den Zeitpunkt des Ausbruchs des Streiks zu bestimmen, aber nicht dann, wenn die Regierung mit ihrer militärischen Bereitschaft dies wünscht, sondern wenn die Parteileitung den Zeitpunkt für am günstigsten hält.“

Der Reichstag hielt am Montag wieder eine Sitzung ab. Gendarmerie und Polizei hatten wieder ein großes Aufgebot gestellt. Die Kellner des Reichstages waren vollgepfropft von Polizisten. Die Opposition war nicht erschienen. Die Sitzung beschäftigte sich nur mit dem Verheerung, das Montag noch nicht erledigt wurde. Am Schluß der Sitzung bestimmte der Präsident die Tagesordnung für Dienstag. Als erster Punkt soll das Verheerung und dann, wenn noch Zeit vorhanden ist, als zweiter Punkt das Wahlrechtsgesetz behandelt werden. Es geschah alles dies, um die Opposition irre zu führen, die nur dann im Reichstage erscheinen will, wenn die Wahlrechtsdebatte beginnt.

Die Opposition hielt am Montag eine Sitzung ab, in der ein wichtiger Beschluß gefaßt wurde, der zwar geheim ist, aber den aber Gerüchte zirkulieren, nach welchen die gesamte berechnigte Opposition in radikaler Weise die Debatte hindern wird.

Der Führer der berechnigten Opposition, Julius v. Justiz, tritt aus Italien, wo er wegen einer Krankheit weilte, Dienstag früh in Budapest ein.

Budapest hatte am Montag schon das Gepräge des Belagerungslandes. Die Polizisten besetzten in Begleitung von zwei Gendarmen mit aufgestellten Gewehren ihre Posten in den inneren Stadtteilen. Durch die äußeren Stadtteile zieht Militär zu Fuß und zu Pferde. Die Schulen sind sämtlich von Soldaten besetzt und der Schulunterricht ist aufgehoben.

Von allen Ländern sind Berichterstatter eingetroffen. Angeblich soll Ministerpräsident Lukacs selbst versucht haben, dem Reichstagspräsidenten Tisza einige Kongressionen für die Arbeiterschaft abzurufen; jedoch weigert sich Tisza bedächtig, in das Gesetz irgend welche liberale Bestimmungen aufzunehmen.

Die militärische Propaganda in England.

Man schreibt uns aus London vom 1. März: Das wohlorganisierte Komplott, das englische Volk in die allgemeine Wehrpflicht hineinzuführen, arbeitet munter fort. Jetzt hat die National Defense Association (Vereinigung für nationale Verteidigung) eine sogenannte parteilose Organisation, eine Denkschrift an den Ministerpräsidenten gerichtet, in der sie die Gefahren schildert, die das Vaterland jetzt bedrohen, und der Regierung ihre zehntausend Ratschläge erteilt. Die Denkschrift ist von einflussreichen Aktivisten und passiven Offizieren und sonstigen „Sachverständigen“ aus beiden Parteien unterschrieben, darunter von Lord Glenconner, der ein liberales Mitglied des Oberhauses und ein Schwager des Ministerpräsidenten ist. Die Zusammenlegung dieser Organisation soll dem Verdacht entgegenwirken, daß es sich hier um einen neuen Vorstoß der bekannten Anhänger der allgemeinen Wehrpflicht handelt. Demselben Zweck, das Militär und die Wachsamkeit des Volkes

einzuschärfen, dient der schleichend gemäßigte Charakter der Denkschrift.

Die Denkschrift knüpft an die Ankündigung der Regierung an, sie werde angeht die seit 1908 erlassenen neuen Faktoren, die die Frage der Landesverteidigung bestimmen, den Landesverteidigungsausschuß zu einer neuen Untersuchung und dieser Fragen beauftragen. Die Denkschrift sagt nun darüber, daß sich diese Untersuchung aus dem Gesichtspunkt der ganzen Produktion beschaffen soll, und verlangt eine Klärung der ganzen militärischen Lage, sowohl in Bezug auf die Landesverteidigung, als auch auf die überseeischen Bedürfnisse. Es solle vor allem festgestellt werden, wieviel Truppen unter Berücksichtigung der sich in den letzten Jahren angehäuft vermehrten Verpflichtungen und Gefahren für die Zwecke des Reiches, abgesehen von der Landesverteidigung, die notwendig sind. Mit Bezug auf die Landesverteidigung soll eine neue Berechnung darüber vorgenommen werden, welche Anzahl von Truppen einer fremden Macht an der britischen Küste landen könnte. Ferner soll autoritativ auszusprechen werden, ob die heutige Territorialarmee für sich allein sofort beim Ausbruch der Feindseligkeiten zur Verteidigung Großbritanniens und Irlands hinreicht, sobald sowohl die Flotte, wie die reguläre Armee zu Reichszwecken verwendet werden kann.

Nachdem die Denkschrift diese Fragen gestellt, ist sie freundlich genug, sie auch sofort zu beantworten. Demnach ist die Territorialarmee dieser Aufgabe nicht gewachsen. Dagegen hat die Möglichkeit und Gefahr plötzlicher feindlicher Einbrüche in den letzten Jahren stark zugenommen, insbesondere infolge der Entwicklung der Luftschiffahrt. Tatsächlich aber würde nach der Denkschrift der Territorialarmee die ganze Aufgabe der Landesverteidigung zufallen, weil die übrigen Streitkräfte notwendig anderweitig beschäftigt wärelen. Die Territorialarmee sei aber an Ausstattung, Training, Zahl und Offizieren gänzlich unzureichend und sie werde sich in der Zukunft noch verschlechtern.

Um allen diesen Uebeln abzuhelfen, verlangt die Denkschrift — nicht ohne heraus die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, sondern „ein System der nationalen militärischen Erziehung aller Jünglinge“. Mit anderen Worten, die Jugend soll schon in der Schule militärisch und körperlich dazu vorbereitet werden, später brauchbare Mitglieder der Territorialarmee oder sonst eines militärischen Systems zu sein.

Es braucht nicht gesagt zu werden, daß die ganze konservativ-konfessionelle und insbesondere jener Teil derselben, der die militärische Sache bisher geleitet hat, von der Denkschrift ganz abgesehen ist. Weit wichtiger ist aber der Eindruck auf die liberalen Kreise. Wieder haben die Liberalen überhäupt alle englischen Regierungen alle Formen der militärischen Expansion mit dem übergeordneten Argument abgelehnt:

So lange wir die Seeherrschaft haben, ist eine Invasion 1. praktisch unmöglich und 2. würde sich das einbringende Heer dem sicheren Untergang aussetzen; verliert er England die Seeherrschaft, dann nützt ihm kein noch so großes Verteidigungswerk, denn es könnte durch die mächtige Flottenmacht durch Aushungerung zur Unterwerfung gezwungen werden. Dieser ist nichts bekannt geworden, was die Vertreter dieser Auffassung zu einer anderen Anschauung veranlassen könnte. Um so bedenklicher ist es, daß der liberale „Daily Chronicle“, der in enger Fühlung mit der Regierung zu stehen pflegt, und die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht befürwortet, heute die Forderung der Denkschrift mit beifälliger Sympathie aufnimmt. Wenn das den Anfang einer Aenderung in der liberalen Partei bedeutet, dann wird die englische Arbeiterschaft wahrlich auf ihrer Hut sein müssen.

Die bedrohliche Situation im fernem Osten. Die feindliche Stellung der russischen Regierung in der Balkanfrage wird in Petersburg allgemein mit der bedrohlichen Lage im fernem Osten in Zusammenhang gebracht. Selbst die offizielle „Rassija“ steht sich veranlaßt, die öffentliche Meinung auf die ungewisse Lage an der chinesischen Grenze hinzuweisen. Sie schreibt, daß die Situation dort als bedrohlich bezeichnet werden muß und daß die russische Regierung sich schleunigst mit aller Energie vorbereitende Maßregeln treffen müßte, wenn sie nicht wie im japanischen Kriege von den Ereignissen vollständig überfallen werden will. In China sei jetzt eine äußerst liberale Stimmung zu beobachten. Anhaltenden zogen von Dorf zu Dorf und rufen das Volk zum Kriege gegen Rußland auf. Auch die „Nowoje Wremja“ schließt sich diesen Befürwortern an. Sie vertritt die Ansicht, daß die Veranlassung des Vorwurfs mitgemacht hat. Dieser schreibt: Ihr in der Heimat regt Euch über die Balkanfrage auf, wir aber leben hier in beständiger Furcht, daß von uns morgen keine Spur hinterbleiben sein wird. Von allen Chinesen kann man nur das Wort hören: bald werdet ihr in unseren Händen sein. Das Wort führt hinzu, daß sich derartige Meinungen in letzter Zeit sehr häufen und daß man alle Veranlassung hätte, diese ernsthaft zu beachten. Selbst der Streifen Landes, der für die manichäische Bahn expropriert ist, sei vom Schrecken ergriffen. Die Unsicherheit ist dort durch das Ausbrechen zahlreicher Chun usenbanden so gestiegen, daß darunter der Handel stark leidet, da nur wenig Zufuhren von Getreide zur Bahn gebracht werden können.

Drohbriefe an den Vertreter der mongolischen Regierung. Der Abgesandte des mongolischen Dalai Lama Dshondshen hat in Petersburg mehrere Drohbriefe erhalten, in denen ihm von den echt-russischen Leuten mit dem Schicksal der ermordeten Duma-Deputierten Jolow und Bergstein gedroht wird. Diese Erregung der echt-russischen Leute ist dadurch entstanden, daß die Regierung den Buddhisten gestattet hat, in Petersburg einen buddhistischen Tempel zu errichten.

Ein weltlicher Eisenbahndirektor. Die Swansea-Bahn in Wales besetzt seit kurzem einen weltlichen Direktor einer ihrer Eisenbahnen. Miss Elaine Jenkins ist die Tochter eines Lords und so ist es immerhin fraglich, ob es sich hier um die ernstgemeinte Übung eines Berufes oder nur um einen Sport handelt.

Schlesien, Polen und Preussengebiete.

Stettin, 4. März. Exkoren. Der Gelegenheitsarbeiter Hermann Lipp von hier wurde am Sonntag früh am Ufer der Cista in der Nähe der Holzbrücke hinter der Kay, als Leiche aufgefunden. Lipp soll sich am Freitag in P. dau aufgehalten haben und sich auf dem Heimwege in stark angetrunkenem Zustande dort hingelegt und aber Nacht erfroren sein. Lipp war verheiratet.

Sachsen, 4. März. Rasch tritt der Tod den Menschen an. Auf dem Wege von Groß-Rosen nach hier vom Lode ereilt wurde die Ehefrau des Steinarbeiters Oskar Klose von hier. Die Frau sah ihrer Einbindung entgegen und war in Weiskeln zum Besuch ihres Vaters gewesen. Von Groß-Rosen ab wurde sie durch ihren Mann abgeholt. Untere Wegs wurde ihr unwohl und sie der Mann, der vorausgeeilt war, um ärztliche Hilfe zu holen, zu ihr mit Sanitätsrat Dr. Wieland zurückzubringen fand er seine Frau tot vor. Ein Herzschlag hatte dem Leben der erst 35 Jahre alten Frau ein Ende gemacht.

Siebersberg, 4. März. Von der Babersberger in Mauer. Das Steinwerk, das 50 Millionen Kubikmeter faßt, ist jetzt mit 12 Millionen Kubikmeter in Betrieb. Am letzten Sonntag war die Sperre das Ziel vieler Besucher. Der prächtige Stauwehr reichte bis zum Gießtisch der Vertheilender Baufabrik unterhalb des Bernsteinfelsens und war fest zugetreten, so daß sich Schlammplünder auf der mächtigen Fläche sammelten. Schon jetzt läßt das Landschaftsbild erkennen, wie schön die Gegend im Sommer sein wird, wenn der See noch höher aufgestaut ist und die Ufer grün sind.

Stauung i. M., 4. März. Zu der schrecklichen Familientragödie im Steinbruch wird noch gemeldet, daß der jüngste der Knaben noch einige Stunden gelebt hat, dann aber auch verstorben ist. Nahrungsvorgaben oder Familienverhältnisse sollen nicht die Ursache zu der Tat sein. Die Frau war schon seit Jahren nervenleidend, und ein erneuter Anfall von Schwermut dürfte sie zu der unseligen Tat getrieben haben.

Schneidmühl, 4. März. Mit einer Rinderpistole erschossen hat sich der 24-jährige Weber Johann Wiesner nach einem Herzkreislaut mit seiner Braut. Er hatte sich die Ladung des unschätzbaren Instruments derartig gesichert, daß ihm die Kugel mit großer Gewalt in den Kopf ging.

Wels, 4. März. Beim Turnen tödlich verunglückt ist Freitag nachmittag der Dragoner Walter von der ersten Eskadron des hiesigen Regiments. Er hatte sich eine schwere Gehirnerschütterung zugezogen, an deren Folgen er am Schenke gestorben ist. Der Verstorbene stammt aus Postelwitz bei Fernstadt.

Wladislaw bei Ohlau, 4. März. Die Frauenversammlung war von 80 Männern und Frauen besucht. Genosse Miller-Breslau sprach über: „Das Wahlrecht der Frauen“ und sprach es vortrefflich, den Anwesenden die Notwendigkeit des Frauenwahlrechts vor Augen zu führen. Für seine Ausführungen erntete der Redner lebhaften Beifall. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Wieslau, 4. März. Die Frauenversammlung fand hier Sonntag nachmittag in der „Harmonie“ statt. Rednerin war Genossin Friedländer-Breslau, die zunächst den prinzipiellen Unterschied zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Frauenbewegung betonte. Während die bürgerlichen Frauen anfangs vor allem um das Recht auf Arbeit zu kämpfen gehandelt hätten, müsse die proletarische die dreifache Arbeit als Erwerbsarbeiterin, Hausfrau und Mutter zu leisten hat, vor allem um Schutz vor dem Uebermaß von Arbeit kämpfen. Die Rednerin schilderte sodann die Dienste, die die Frau in dieser dreifachen Eigenschaft der Gesamtheit leistet. Die zustimmenden Beifallrufe während des Vortrags, sowie der lang anhaltende Beifall am Schluß desselben zeigten, daß die Zuhörer mit den Ausführungen der Rednerin alt und jung einverstanden waren. In der Diskussion unersichtliche Genossin Klipisch-Ohlau in warmen Worten die Aufforderung der Rednerin, sich der sozialdemokratischen Partei anzuschließen. Die vorgeschlagene Resolution fand einstimmige Annahme.

Wieslau, 8. März. Auswärtige Lohnrichter als Messer- und Revolverhelden. Raum, daß wieder in der Nachbarschaft Wieslau Kaliber als Lohnrichter tätig sind, gibt es auch gleich mehr Arbeit für die Polizei und Gerichte. Am Sonntagabend, nachdem der Fusel die Gemüter erregt hatte, wurden Vassanten der Oderbrücke bestraft, ein Mauerlogar mitgehört. Auf der Gabelndorfer Chaussee entlang, unter meistens jungen Schützern, eine blutige Schlacht, wobei das offene Messer die Hauptrolle spielte. Zwei Kaliber wurden dabei zugegriffen. Der am schwersten Verletzte hatte 4 Kopf- und einen Armeschnitt aufzuweisen. Zwei der Messerhelden wurden in das hiesige Gerichtsgefängnis eingeliefert. — Im benachbarten Bogaroll erschien ein ausländischer Arbeiter bei einem dortigen Dienstmädchen. Mit vorgehaltenen Revolver und unter Todesdrohungen zwang er dasselbe, ein vor längerer Zeit gelöstes Verheerungsverhältnis wieder aufzunehmen. Auch die Angehörigen des Mädchens bedrohte der Kaliber.

Wichtige Befehle drangen in der Sonntagnacht in den Kuhstall des Gutbesizers Franzheld in Grünlingen ein und ertrachen den darin befindlichen Hühnerstall. Acht Hühner, sowie ein Hahn wurden an Ort und Stelle die Köpfe abgerissen und diese der Reihe nach (ber Hauptkopf an der Spitze) auf die Türschwelle gelegt. Ein an den Latort herbeigekehrter Polizeigewalt verjagte.

Schneidmühl, 4. März. Für die Frauen. Am Sonntag fand hier selbst eine gut besuchte Frauenversammlung statt. Redner war Genosse Leu-Bosmar, der in seinem andernachfolgenden Vortrag das allgemeine Wahlrecht der Frauen zu allen gesetzlichen Körperchaften forderte. In der Diskussion forderte die Genossin Drexler, die anwesenden Männer und Frauen zum Anschluß an die politische Organisation auf. Aufgenommen wurden 6 Mitglieder.



UNSERE MARINE
23
CIGARETTE
GEORG A. JASMATZKI & CO.
GRÖSSTE DEUTSCHE CIGARETENFABRIK
DRESDEN

Blutarmer u. Kranke trinken während der Rekonvaleszenz **Santa Lucia** Stärkung. Fl. 1.50 Kaskabungen Mitte zurückzuwickeln. **Blutarmer u. Kranke trinken während der Rekonvaleszenz Santa Lucia Stärkung. Fl. 1.50 Kaskabungen Mitte zurückzuwickeln.**

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 4. März.

Das Wahlrecht der Frau.

Auch der dritte sozialdemokratische Frauentag, der für Breslau am Montag abend im großen Saale des Kronprinzinnen auf der Westendstraße veranstaltet wurde, legte ein beredtes Zeugnis dafür ab, daß die Forderung des Frauenwahlrechts in Reich, Staat und in der Gemeinde immer größere Kreise der arbeitenden Mädchen und Frauen ergreift.

Stimmungswohl wurde der Frauentag durch ein schönes Lied des Frauen- und Mädchenchors „Frohstimm“ eingeleitet. Dann betrat Genossin Wulff aus Berlin, die neugewählte Parteifreierin für Schlesien, die Bühne, um in einleitender, mit großem Beifall aufgenommenen Rede das Frauenwahlrecht als notwendig und segensreich zu begründen.

Genossin Sellrich hielt darauf eine kurze, sehr wirkungsvolle Rede für die freie Jugendbewegung. Man will sie erwidern; der Vater Staat und alle seine Stützen sind übermäßig mit großen Geldmitteln bemüht, uns die Jugend zu entreißen; doch das wird nicht gelingen, wenn die Frauen ihre Kinder recht erziehen.

Zwei Lieder des „Frohstimm“ schlossen den würdig verlaufenen Frauentag, der mehr als 20 neue Parteimitglieder brachte und sicherlich in hunderten von Frauenherzen die Begeisterung für die hohen Ziele unserer Partei dauernd wachrief.

Wer keine Stimme und kein Wahlrecht hat, der ist politisch tot. Das müssen die Frauen hören, und sie empfinden es auch sehr, daß sie nichts zu sagen haben. Jahrzehnte lang haben sich die Frauen nicht geäußert, um diese Mangelhaftigkeit aus der Welt zu schaffen.

Varietees.

* Lieblich Stabliement. Das März-Programm bei Lieblich umfasst im Gegensatz zu den sonst üblichen 11 oder 12 Spektakeln diesmal nur 7. Als Ersatz für die Fehlenden hat die Direktion den bekannten Kölner Situationskomiker Wilhelm Hartstein mit seiner Gesellschaft verpflichtet.

Hartsteins Militärschwanz vorangeht ein Spezialstücken, bei dem vor allem der komische Direktor Johann Hamillon und der lächerliche Komiker Rudolf Mäler besonders zu erwähnen sind. Beide sind Neubeuten in ihrem Fach.

Staatsdienst beschäftigt, wo sie nicht milder schläft wie in privaten Betten begahrt werden. Die meisten haben nur das nackte Leben.

Alle Mädchen und Frauen müssen das volle Wahlrecht im Reich, Staat und in der Gemeinde fordern, denn sie gehören hinein in die Parlamente, um mit der Gesetzgebung zu machen. Einzige die Sozialdemokratie ist es, die dafür eintritt.

Prägen die Frauen auch nicht in den Krieg hinaus, so haben sie die gewaltigen indirekten Steuern ebenfalls zu tragen. Im Augenblick erhebt man ja wieder neue Forderungen für das Militär, und eine volle Militärdienst heraufgeschlagen werden.

Das alles, was wir so sehen, muß uns Frauen ins öffentliche Leben hinauszwingen, und darum sagen wir: wir verlangen das Wahlrecht für alle Parlamente. Die Frauen haben besonders in den Gemeinden, in der Armen- und Waisenpflege gezeigt, wie segensreich sie arbeiten können.

Die Forderung des vollen Wahlrechts erschallt heute hauptsächlich aus dem Munde der Parteifreierinnen. Die bürgerlichen Frauen verlangen wohl auch ein Wahlrecht, aber die mentalen Schlacken sind uns an; die meisten wären mit gewissen Vorbehalten für den Grundbesitz und den Selbstschutz zurück.

Zur Volksvorstellung.

die am Freitag abend 8 Uhr im Thalia-Theater stattfindet, sind noch Willets zum Preise von 10 bis 70 Pfg. in der Expedition der „Volksmacht“ abzugeben.

Die Ausreden der „Breslauer Zeitung“.

Wir hatten am Sonnabend eine Resolution des „Freien Volkes“ abgedruckt, in dem die Breslauer Fortschrittler angeklagt wurden, alle Versprechen auf Gegenleistung für die Unterstützung der Sozialdemokraten gebrochen zu haben.

„Es liegt hier offenbar der absichtliche Versuch einer Legendenbildung vor.“ Die Worte der „Volksmacht“ sind, wie man sieht, mit Absicht so jehentlich vorzüglich gewählt, daß der Unterschied zwischen unkontrollierbarem, angeblichem Vierbankgeschwätz einzelner verantwortlicher Leute und Versprechungen der verantwortlichen Führer der Volkspartei tuschelt vertrieben ist.

Es handelt sich natürlich nicht um das Vierbankgeschwätz unverantwortlicher Leute, auf das wir uns beziehen, sondern um die Zusicherungen von freisinnigen Herren, die von sich selbst behaupten, als Führer tätig zu sein und die mit hohen kommunalen Ehrenämtern von der freisinnigen Partei ausgestattet sind.

* Gesundheitsbericht. In der Woche vom 16. Februar bis 22. Februar 1913 sind nach einer Zusammenstellung des statistischen Amtes in Breslau 57 Ehen geschlossen worden.

* Hohes Alter. Die Witfrau Johanna Soltesche, Pöpelwitzstraße 40, 4 Treppen, wird Mittwoch, den 5. März, 101 Jahre alt. Wie gemeldet wird, ist die Gräfin zu Borne, Fr. Neumarkt, geboren, wohnt aber schon seit ihrer Kindheit in den Breslauer Vororten Gerdain, Gählig und Böpelwitz.

* Zeligarten. Dort, wo noch im Anfang des Vormonats die Herkulesse ihre Kräfte im griechisch-römischen Ringkampf machten, wo Komiker, Quacksalber, Gaukler und Turner ihre Kunstleistungen zeigten, wird jetzt ein würdevolles Schauspiel, ein Sentiments-Schauspiel aufgeführt.

Wir wollen keineswegs dem Eintritt in die Fremdenlegion das Wort reden. Gedrillt wird überall und vor allem aber nicht zu wenig in Preußen. Aber im „Fremdenlegionsland“ hat der Autor ohne Zweifel zu hart aufgetragen, wobei er kritisch mit dem patriotischen Kappen hinstreift.

Du oder trägt moderne Chansons vor. Er ist nicht mehr ganz der alte. Vielleicht kommen seine Vorträge aber nur deshalb nicht mehr so zur Geltung wie früher, weil er mit Orchesterbegleitung singt.

* Victoria-Theater. Die Direktion hat sich für den Monat März wieder das Ensemble des H. Belvedere aus Dresden verpflichtet, das schon vor einigen Jahren hier Aufstellung gefunden hat.

* Victoria-Theater. Die Direktion hat sich für den Monat März wieder das Ensemble des H. Belvedere aus Dresden verpflichtet, das schon vor einigen Jahren hier Aufstellung gefunden hat. Auch diesmal wird eine Jahresrevue vorgeführt, die eine Fülle von Farbenpracht, Grazie und Entfaltungen in sich birgt und des Ansehens wert ist.

Alkoholfreie Getränke
= Bilz-Sinalco =

Beck & Co. Brauerei
Sinalco, S. Sinalco, 12 (Braun)
Sinalco, S. Sinalco, 26
Thomas Brause, Sinalco, S. Sinalco, 26
Telefon 2311.

Bäckereien und Konditoreien

Adler, Walter, Poststraße 43
Brot, August, Wiesenstraße 5
Brot, O. N. Lauenburger, 36, Ecke Poststr.
Froth, Carl, Odenstrasse 29
Gottmann, Carl, Poststraße 64
Horn, Wilhelm, Wiesenstraße 55
Krause, Josef, Poststraße 3
Krause, Wilhelm, Wiesenstraße 13
Krause, Eduard, Wiesenstraße 45
Krause, Carl, Wiesenstraße 54

Badeanstalten

Brückstr. 14, Neue Gasse 14

Bandagisten

Rein, Joh., Schmiedestr. 17/18

Bettfedern und Schnittwaren

Geschw. Kapst, Andersenstrasse 2

Bier-Brauereien, Bier-Verleger

Brauerei Sacrau, G. m. b. H.
Genossenschafts-Brauerei
Zum Waldbaum e. G. m. b. H.
Genossenschafts-Brauerei, Schandwein
Hopf & Görtke Jubiläums-Biere

Bier-Apparate, Koblensäure

Schmidt, Paul, Schmiedestr. 53

Café

Kaffee-Restaurant-Café, Nikolaistraße 58

Damen-Konfektion

Rösel, Felix, Olanstraße 7
H. I. u. II. Et.

Damen-Schneiderin

Baumgarten, Friedrich, Andrejstraße 48

Drogen und Farben

Wagner, August, Wiesenstraße 22
Wagner, August, Wiesenstraße 22
Wagner, August, Wiesenstraße 22

Eisen- u. Stahlwaren

Wagner, August, Wiesenstraße 22

Fabrikat, Nähmaschinen

Wagner, August, Wiesenstraße 22

Färberei u. Wäscherei

Wagner, August, Wiesenstraße 22

Fahrräder, Nähmaschinen

Wagner, August, Wiesenstraße 22

Fleisch u. Wurstwaren

Wagner, August, Wiesenstraße 22

Frischmilch, Käse

Wagner, August, Wiesenstraße 22

Frischmilch, Käse

Wagner, August, Wiesenstraße 22

Frischmilch, Käse

Wagner, August, Wiesenstraße 22

Frischmilch, Käse

Wagner, August, Wiesenstraße 22

Frischmilch, Käse

Wagner, August, Wiesenstraße 22

Frischmilch, Käse

Wagner, August, Wiesenstraße 22

Frischmilch, Käse

Wagner, August, Wiesenstraße 22

Frischmilch, Käse

Wagner, August, Wiesenstraße 22

Frischmilch, Käse

Wagner, August, Wiesenstraße 22

Frischmilch, Käse

Wagner, August, Wiesenstraße 22

Frischmilch, Käse

Wagner, August, Wiesenstraße 22

Frischmilch, Käse

Wagner, August, Wiesenstraße 22

Frischmilch, Käse

Wagner, August, Wiesenstraße 22

Frischmilch, Käse

Wagner, August, Wiesenstraße 22

Er erscheint 3mal wöchentlich

Fleischereien u. Wurstfabriken
Baumgarten, V. Brandbühl, 10a, Maria-Th. Str.
Beder, A., Hofstr. 15, S. Sinalco, 15
Beder, A., Hofstr. 15, S. Sinalco, 15
Beder, A., Hofstr. 15, S. Sinalco, 15

Hüte und Mützen

Barth, H., Gröblichstr. 20, Adalbertstr. 2
Gärtel, Fritz, Kupferstraße 10
Lammert, S., Gröblichstr. 66 (Hofstr.)
Schubbe, Robert, Nikolaistraße 34
Straßburg, Hofstr. 2, Hofstr. 2
Thaler, G., Pionier-Strickfabrik
v. M. Riedel, Hofstr. 2, Hofstr. 2
Thaler, G., Pionier-Strickfabrik

Herren-Artikel

Brügel, Albrechtstr. 52 (Hilte u. Wägen)
Tasch, Oskar, Hofstr. 80 (Hofstr.)
Böhrer, E., Schmiedestr. 64/65

Hygienische Artikel

Reber, Clara, Gartenstraße 63, Hofstr.

Kinderwagen, Reisekörbe, Bettstellen

Goetz Söhne, Wärschstr. 49
Werner, F., Harrasg. a. d. Liebigstr.

Kaffee, Tee

Gewaltig, Heinrich, Hütel u. Niederlag. in allen Stadtteilen

Kinematographen

Kaiser-Wilhelm-Theater, Hofstr. 17
National-Theater, Hofstr. 17
Ring-Theater, Hofstr. 17

Leinwand, Seidenwaren

Köcher, Richard, Wärschstr. 52
Reinhold, Wärschstr. 52

Kolonialwaren

D. Bergmann, Hofstr. 13
Krause, August, Hofstr. 13

Konfitüren und Schokoladen

Jung, Anna, Friedr.-Wilhelmstr. 96
Krause, August, Hofstr. 13

Korsetts

Wagner, August, Wiesenstraße 22

Lampen

Wagner, August, Wiesenstraße 22

Lederwaren und Sattlerei

Wagner, August, Wiesenstraße 22

Lieferanten, Wachstuche

Wagner, August, Wiesenstraße 22

Malzkaffee

Wagner, August, Wiesenstraße 22

Malzkaffee

Wagner, August, Wiesenstraße 22

Malzkaffee

Wagner, August, Wiesenstraße 22

Malzkaffee

Wagner, August, Wiesenstraße 22

Malzkaffee

Wagner, August, Wiesenstraße 22

Malzkaffee

Wagner, August, Wiesenstraße 22

Malzkaffee

Wagner, August, Wiesenstraße 22

Malzkaffee

Wagner, August, Wiesenstraße 22

Malzkaffee

Wagner, August, Wiesenstraße 22

Malzkaffee

Wagner, August, Wiesenstraße 22

Malzkaffee

Wagner, August, Wiesenstraße 22

Malzkaffee

Wagner, August, Wiesenstraße 22

Malzkaffee

Wagner, August, Wiesenstraße 22

Malzkaffee

Wagner, August, Wiesenstraße 22

Bezugsquellen-Verzeichnis

Scholl, Mag., Goldene Radegast 7, Hofstr. 7
Scholl, Mag., Goldene Radegast 7, Hofstr. 7
Scholl, Mag., Goldene Radegast 7, Hofstr. 7

Hochzeiten u. Beerdigungsfahrern

Hofstr. 7, Hofstr. 7, Hofstr. 7

Möbel-Magazine

Vordag, O., Wärschstr. 116, Hofstr. 116
Vordag, O., Wärschstr. 116, Hofstr. 116

Karsunky

Karsunky, Hofstr. 116, Hofstr. 116

Nähmaschinen

Karsunky, Hofstr. 116, Hofstr. 116

Optiker

Heidrich, Hofstr. 116, Hofstr. 116

Pantoffel- u. Holzschuhfabrikat

Galke, Max, Hofstr. 116, Hofstr. 116

Papier- und Schreibwaren

Galke, Max, Hofstr. 116, Hofstr. 116

Rieder, Gustav

Rieder, Gustav, Hofstr. 116, Hofstr. 116

Hein, Robert

Hein, Robert, Hofstr. 116, Hofstr. 116

Pfandleihen u. Gelegenheitskäufe

Buscher, Hofstr. 116, Hofstr. 116

Klosterstr. 28

Klosterstr. 28, Hofstr. 116, Hofstr. 116

Hilbig, M.

Hilbig, M., Hofstr. 116, Hofstr. 116

Laugner, August

Laugner, August, Hofstr. 116, Hofstr. 116

May, J., sen.

May, J., sen., Hofstr. 116, Hofstr. 116

Photographische Ateliers

May, J., sen., Hofstr. 116, Hofstr. 116

Putz, Modes

May, J., sen., Hofstr. 116, Hofstr. 116

Restaurateurs

May, J., sen., Hofstr. 116, Hofstr. 116

Bräuer, Karl

Bräuer, Karl, Hofstr. 116, Hofstr. 116

Concordia

Concordia, Hofstr. 116, Hofstr. 116

Flöter, B.

Flöter, B., Hofstr. 116, Hofstr. 116

Lampfen

Flöter, B., Hofstr. 116, Hofstr. 116

Lederwaren und Sattlerei

Flöter, B., Hofstr. 116, Hofstr. 116

Lieferanten, Wachstuche

Flöter, B., Hofstr. 116, Hofstr. 116

Malzkaffee

Flöter, B., Hofstr. 116, Hofstr. 116

Malzkaffee

Flöter, B., Hofstr. 116, Hofstr. 116

Malzkaffee

Flöter, B., Hofstr. 116, Hofstr. 116

Malzkaffee

Flöter, B., Hofstr. 116, Hofstr. 116

Malzkaffee

Flöter, B., Hofstr. 116, Hofstr. 116

Malzkaffee

Flöter, B., Hofstr. 116, Hofstr. 116

Malzkaffee

Flöter, B., Hofstr. 116, Hofstr. 116

Malzkaffee

Flöter, B., Hofstr. 116, Hofstr. 116

Ben Peters bei Einkäufen empfehlen

Lüdtke, Hugo, 26 Hüteln in all. Stadtteilen
Lüdtke, Hugo, 26 Hüteln in all. Stadtteilen
Lüdtke, Hugo, 26 Hüteln in all. Stadtteilen

Möbel-Magazine

Vordag, O., Wärschstr. 116, Hofstr. 116
Vordag, O., Wärschstr. 116, Hofstr. 116

Karsunky

Karsunky, Hofstr. 116, Hofstr. 116

Nähmaschinen

Karsunky, Hofstr. 116, Hofstr. 116

Optiker

Heidrich, Hofstr. 116, Hofstr. 116

Pantoffel- u. Holzschuhfabrikat

Galke, Max, Hofstr. 116, Hofstr. 116

Papier- und Schreibwaren

Galke, Max, Hofstr. 116, Hofstr. 116

Rieder, Gustav

Rieder, Gustav, Hofstr. 116, Hofstr. 116

Hein, Robert

Hein, Robert, Hofstr. 116, Hofstr. 116

Pfandleihen u. Gelegenheitskäufe

Buscher, Hofstr. 116, Hofstr. 116

Klosterstr. 28

Klosterstr. 28, Hofstr. 116, Hofstr. 116

Hilbig, M.

Hilbig, M., Hofstr. 116, Hofstr. 116

Laugner, August

Laugner, August, Hofstr. 116, Hofstr. 116

May, J., sen.

May, J., sen., Hofstr. 116, Hofstr. 116

Photographische Ateliers

May, J., sen., Hofstr. 116, Hofstr. 116

Putz, Modes

May, J., sen., Hofstr. 116, Hofstr. 116

Restaurateurs

May, J., sen., Hofstr. 116, Hofstr. 116

Bräuer, Karl

Bräuer, Karl, Hofstr. 116, Hofstr. 116

Concordia

Concordia, Hofstr. 116, Hofstr. 116

Flöter, B.

Flöter, B., Hofstr. 116, Hofstr. 116

Lampfen

Flöter, B., Hofstr. 116, Hofstr. 116

Lederwaren und Sattlerei

Flöter, B., Hofstr. 116, Hofstr. 116

Lieferanten, Wachstuche

Flöter, B., Hofstr. 116, Hofstr. 116

Malzkaffee

Flöter, B., Hofstr. 116, Hofstr. 116

Malzkaffee

Flöter, B., Hofstr. 116, Hofstr. 116

Malzkaffee

Flöter, B., Hofstr. 116, Hofstr. 116

Malzkaffee

Flöter, B., Hofstr. 116, Hofstr. 116

Malzkaffee

Flöter, B., Hofstr. 116, Hofstr. 116

Malzkaffee

Deutscher Reichstag.

124. Sitzung, Montag, den 3. März, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundestag: v. Tirpitz. Die zweite Beratung des

Marine-Gesetz

wird fortgesetzt. Abg. Noke (Soz.): Seit langem habe ich im Reichstage keine Debatte gehört, die mit so viel faitem Verstand und Selbstgefühligkeit geführt wurde, wie in der so wenig politische Sitzung in die kommende Zeit gezeigt wurde, wie die diesmalige Debatte beim Marinegesetz. Man hat sich mit hoher Befriedigung darüber geäußert, daß Deutschland in kurzer Zeit eine so gewaltige Flotte gebaut habe. Als der Staatssekretär am Sonnabend davon sprach, er wolle in Zukunft den Versuch machen, den Taler zur Waise zu machen, ist ihm mit Recht aus der Mitte des Hauses zuerufen worden, bei den Ausbeuten werde er sich in Zukunft sicher bemühen, die Mark zum Taler zu machen. Man muß ihm zugestehen, daß ihm das Kunststück bisher in seiner Lätigkeit gründlich gelungen ist; die Flottenausgaben sind in einem geradezu raketen Tempo gestiegen und haben sich in gar nicht langer Frist verdreifacht. Ich gebe ohne weiteres zu, daß Organisationstalent und Technik ein ganz gewaltiges Instrument geschaffen haben und erkenne ebenso gern an, daß mit großem Eifer und mit viel Hingabe daran gearbeitet worden ist, dies Kriegsinstrument möglichst rasch in seiner Wirkung zu machen. Dem Staatssekretär ist bisher keine Ausgabe die Flotte zu vergrößern, sehr leicht gemacht worden. Das Geld wurde ihm vielfach von einzelnen Parteien des Hauses förmlich aufgedrängt. Allerdings begünstigen sich auch die Konterpartien an diesem Wettbewerb der parlamentarischen Parteien, während es früher bei ihnen hieß: Letztlich keine Rähne. Heute würde es ihnen allerdings auch recht schwer fallen, noch mit solchen Oppositionsworten zu kommen. Dieses Wort war eine Art Prestigionsmittel der Opposition, um möglichst weitgehende Zugeständnisse zu erringen, und inzwischen sind sie mit wirtschaftlichen Vorteilen so überschüttet worden, daß es ihnen nicht mehr gut möglich ist, sich in der Opposition zu halten. Zu einem gestillten Wort verdient der Ausbruch des Herrn Schulz von der Reichspartei zu werden:

die hohen Kosten der Marine betragt niemand mehr,

als die Parteien, die die Kosten bewilligen müssen. Zum Zahlen haben allerdings die Parteien der bestehenden Klassen bisher nie fähigheit gezeigt. Was Sie an Opfern gebracht haben, steht in gar keinem Verhältnis zu den Meereslasten, die den breiten Massen des Volkes aufgedrückt sind. Wie wenig groß die Opferwilligkeit dieser Herren ist, zeigt sich auch jetzt wieder. Sie begehrten sich ganz und garnicht darum, daß ihnen im Jubiläumsjahr eine Art Kontribution auferlegt werden soll, um die Flottenausgaben zu bezahlen. Der Reichstag hat im Zusammenhang mit seiner nationalliberalen Flottenpolitik auch geglaubt vom Volke reden zu dürfen. Nun, das Volk hat am 10. März in der Wahl von dieser Politik bisher geholt. Die Folge dieser Flottenausgaben ist nur gewesen, daß für sozialpolitische Zwecke und überhaupt für Kulturzwecke kein Geld mehr da war. — Herr Erzberger hatte infanterie recht, als er darauf hinwies, daß das Steigen der Flottenausgaben zum Teil auf Fortschritt im technischen Gebiet zurückzuführen ist. Daß unbrauchbare Schiffe gebaut werden, haben auch wir natürlich nie verlannt. Was wir erlagen, ist, daß die Marineverwaltung es bisher noch nicht verstanden hat oder nicht verstehen wollte, der

Rüstungsstreiterei zwischen den großen Nationen

Einhalt zu tun. Bei Erörterung der Frage, wer Schuld an dem Wettstreit habe, hat Herr Erzberger mit der Bescheidenheit, die ihn ziert (Seitert), uns geraten, die sozialdemokratische Presse besser zu verfolgen, damit wir nicht mit ihr in Widerstand geraten. Das ist ja gewiß nicht unangenehm, aber viel böser ist es, wenn man, wie das bei ihm schon oft der Fall war, mit sich selbst in Widerspruch gerät. (Sehr gut! bei den Soz.) Seine Ratschläge an unsere Adresse nehmen sich jetzt besonders komisch aus, weil ihm erst in den letzten Tagen wieder nachgewiesen worden ist, daß er in Jahresfrist unbedeutend nicht mehr weiß, was er geschrieben hat, oder sich so radikal in seinen Anschauungen gewandelt hat, daß jemand, der so offensichtlich bloßgestellt ist, wie er, gar keinen Anlaß hat, sich anderen Parteien gegenüber als Schmeichelei aufzuführen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wo richtig ist, daß technische Fortschritte zur Steigerung der Rüstungen beigetragen haben. Aber die Kapitalisten der einzelnen Länder sorgen auch recht gründlich dafür, daß kein Land auf dem Gebiet des Rüstungswettstreits einen nennenswerten technischen Fortschritt erlangt. Deutsche Kapitalisten sind eifrig dabei, Rußland mit den besten und schnellsten Schiffen der Welt zu versorgen. Ihre patriotischen Gewissen trüffel sich mit dem Gedanken darauf, daß, wenn sie die Schiffe nicht bauen, dann ein anderes es tun würde. In Wirklichkeit freuen sie sich in dem Bewußtsein, daß die Rüstungen der benachbarten Staaten das eigene Land nach sehr kurzer Zeit abermals zu erneuten Anstrengungen zwingen. Auf der einen Seite rühmt man die großen Fortschritte des deutschen Rüstungswettstreits, und andererseits müssen wir hören, daß soeben erst nach einer glänzenden Probefahrt ein Panzer-Dampfschiff der russischen Regierungsverwaltung verkauft worden ist. — Zugabe: Ich habe den Flottenetat außerordentlich überflüssig gefastet ist. Ueber den Umfang der deutschen Seerüstungen kann man sich im Inland und Ausland durchaus klar werden, von einem Wettstreit in dieser Beziehung kann keine Rede sein. Die Mehrausgaben sind sehr beträchtlich. 6381 Köpfe werden 1913 an Personal mehr vorhanden sein als 1912. Dem Flottenetat von 48.877 Mann stehen nicht weniger als 21.062 Offiziere gegenüber, das heißt wir nähern uns rapide dem englischen Vorbild, das an Stelle der kühnsten Mannschaften sehr rasch eine wachsende Zahl von Leuten tritt, die zehn Jahre und mehr auf dem Schiffe Dienst tun. Fast auf jeden zweiten Mann in der deutschen Flotte kommt gegenwärtig schon ein Vorposten. 1913 werden 73.000 Menschen bei der Flotte dienen. Von diesen spricht man so gut wie garnichts, wenn von der Präsenz des Heeres die Rede ist.

Der Bauwert der vorhandenen Flotte

ist für 1913 auf die fabelhafte Summe von 1425 Millionen Mark gesetzt. (Hört, hört!) Im Laufe des letzten Jahres sind auf einer ganzen Reihe von Kriegsschiffen Sammlungen für die nationale Fluggewende vorgenommen worden. Auf dem Linienschiff „Wellen“ sind nur 2,65 Mark eingebracht. (Hört, hört! bei den Soz.) Das beweist, daß man keine Zeit verliert, die Flotte zu veräußern, die der Marine überflüssig ist, wenn man nachher die Kanonenüberschüsse, die der Marine zugute kommen sollen, dazu benutzen hat, um einen höheren Betrag für diese Zwecke herauszubekommen. (Hört, hört! bei den Soz.) Auf einem anderen Schiffe sind 1000 Mark eingebracht, die die Leute von ihrer geringen Löhnung sicher nicht freiwillig aufgebracht haben. Auf einem anderen Schiffe wieder sind nur 10 Mark eingebracht; aber dort sind die Offiziere unmittelbar darauf genötigt worden, selber zum Dienst anzutreten. (Hört, hört! bei den Soz.) Der Staatssekretär wird selber jeden solchen Druck bemerken, aber er sollte seinen Willen daran auch nicht ändern lassen, in die Erinnerung bringen. — Bei der neuen Flottenliste handelt es sich um jährliche Betriebskosten von mindestens 600.000 Mark. Für die Flotte kann kein Geld mehr

männerstolzen, auch dem liberalen Bürgertum alles Mögliche angeboten werden.

Beim Bau des Kaiserschiffes

wurde früher wenigstens der Schein gewahrt, als handle es sich um ein Kriegsschiff, das nur in Friedenszeiten dem Kaiser zu dienen habe. So wurde die jetzige „Hohenzollern“ feierlich als Waise getarnt. Jetzt glaubt man einen solchen Vorwand nicht mehr nötig zu haben. Ich behaupte, daß diese ganze Ausgabe verfassungswidrig ist. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Nach der Reichsverfassung ist der zur Gründung und Unterhaltung der Flotte nötige Aufwand aus der Reichskasse zu bestreiten. Man sagt, das Schiff solle als Kommando- und Landungsboot dienen. Ich respektiere den Staatssekretär sicher als Autorität in Marinesachen, aber in diesem Falle ist seine Autorität durch eine Kaiserrede bedenklich erschüttert worden. Als die Kaiserin das Schiff vom Stapel ließ, hat er sich über die Aufgaben des Schiffes ganz anders geäußert. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Er sagte: Dem von Land zu Land Reisenden Ruhe und Erholung zu gönnen, den kaiserlichen Kindern und der Landesmutter Freude zu bereiten, das ist seine Aufgabe. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Also die bürgerlichen Kollegen, die aus militärischen Gründen das Kaiserschiff bewilligen wollten, werden schleunigst unternehmen müssen. — Am Sonnabend ist davon gesprochen worden, daß die Marineverwaltung

die Kosten für die Panzerplatten

herunterziehen möge. Die Tatsache steht fest, daß geraume Zeit hindurch ein Panzerplattentrust bestanden hat, dergestalt, daß sich die Fabriken in England, Frankreich, den Vereinigten Staaten und Deutschland abetnigt hatten, sich gegenseitig nicht Konkurrenz zu machen. Dadurch haben sie sich auf Kosten der Steuerzahler ganz außerordentliche Profite verschafft. Auch heute noch sind die Gewinne, die Krupp macht, so riesenarbig, daß die Vermutung naheliegt, daß auch jetzt noch das Reich viel zu hohe Preise bezahlen muß. Es geht nicht an, daß auf Kosten der deutschen Steuerzahler ein einziges Unternehmen, wie das Kruppische, 30 Millionen und mehr pro Jahr herausholt. Wie systematisch die Kapitalisten darauf hinarbeiten, das Reich zu schröpfen, beweisen die Bestrebungen der letzten Zeit, ein Syndikat der Schiffbauunternehmen ins Leben zu rufen. Bisher ist das Ziel noch nicht erreicht, aber da es sich dabei um Millionen-Gewinne handelt, wird sicher es weiter verfolgt werden. — Der konervative Redner forderte eine Aufstellung über den Anteil, den die Arbeiterchaft und das Handwerk an den Marineausgaben durch die Löhne hatten. Darüber hat der Marineminister schon eine Ausstellung gebracht, die nichts Neues enthält, und keineswegs geeignet war, bei den Arbeitern eine besondere Flottenbegeisterung hervorzurufen. Wenn dasselbe Geld für produktive Zwecke Verwendung gefunden hätte, wären die Arbeiter ebenfalls beschäftigt gewesen, und der Vorteil für das Gesamtvolk wäre viel größer. Auf der anderen Seite erwachsen der Arbeiterchaft auch schwere Nachteile aus dem Bestand der Marine. Hat doch sogar die Absicht bestanden,

Marinemannschaften bei einem Streik

der Schiffsleute zu Gunsten der Reeder als Streikbrecher zu kommandieren. (Hört, hört! b. d. Soz.) Sollte die Marineverwaltung diese Maßnahme durchführen bei Gelegenheit, so würde das sicherlich nicht zur Förderung der Popularität der Marine beitragen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Auch der beim Meere so häufig kritisierte Postoffizier sozialdemokratischer Lokale und Geschäfte scheint jetzt von der Marine nachgeahmt zu werden. Gegen diese Sozialistenbekämpfung der Marineverwaltung müssen wir aufs schärfste protestieren. Die Marineverwaltung muß e doch daran denken, daß sie dadurch in die ernstlichen Schwierigkeiten kommen kann.

Auf den modernen Schiffen befinden sich die kompliziertesten technischen Einrichtungen alle in den Händen von Sozialdemokraten. Die Marineoffiziere, Elektroingenieure usw. kommen zu 98 Prozent aus unseren Organisationsstellen, sind führende sozialdemokratische Arbeiter. Also die Marineverwaltung hat am wenigsten Anlaß, in Sozialistenherrschaft zu machen. — In letzten Jahre sind leider auch wieder

2 schwere Torpedokatastrophen

vorgekommen, bei denen Mannschaften zu Tode gekommen sind. Man sagt, es liegen unermessliche Vertriebsunfälle vor. Das können wir nicht nachprüfen. Ich erlaube mir jedoch zu behaupten, daß die deutsche Marine erfahrungsgemäß verhältnismäßig wenig schwere Unfälle im Laufe der Jahre gehabt hat. Das läßt darauf schließen, daß im allgemeinen sorgsam verfahren wird. Aber in neuerer Zeit scheint auch auf diesem Gebiete mit fortwährender Schnelligkeit gearbeitet worden zu sein, was wir aufs schärfste zu warnen müssen. Sogar die allerhöchste Erziehung des Landheeres, die Soldatenschule, kommt neuerdings auch in der Marine vor. (Hört, hört! bei den Soz.) Die verantwortlichen Stellen sollten mit der gebotenen Schärfe nachsehen, damit dieses Übel nicht erst eintritt. Der in neuerer Zeit auch in der Marine mehr grassierende schneidende Ton bringt es auch mit sich, daß ein großer Teil der Unteroffiziere frühzeitig atgeht. Man sollte bedenken, daß nicht nur die Technik, sondern auch die Menschen modern geworden sind und sollte auf das pervertierte Ergebnis dieser aus den höchst qualifizierten Teilen der Arbeiterchaft stammenden Leute mehr Rücksicht nehmen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Gegen das Verschwinden der Fortschrittler, eine größere Anzahl von Leuten in der Marine mit mehr Staatsgewalt auszurüsten, müssen wir protestieren. Ich erinnere daran, daß sich im Jahre 1910

10 Selbstmorde in der Marine

ereignet haben, die mit Jucht vor Strafe motiviert wurden. (Hört, hört!) Die Bestrebungen, das Marine-Genieurcorps heranzubilden, beweisen, daß der Kostenspiegel sich immer mehr in der Marine ausbreitet. — Die Heberlage des Reichstages in der Kommission in der Frage der Tafelgelder hat die Zentrumsfraktion verhandelt, in einen großen Erfolg umzuwandeln. Mitglieder dieser Fraktion sind die Frage der Verkürzung der Dienstzeit. Durchschlagende Gründe dagegen hat der Staatssekretär am Sonnabend nicht beigebracht, aber er ist dem Zentrum über den Antrag nicht böse, weil er weiß, daß er nicht ernst gemeint ist. Daß die Konterpartien und Nationalliberalen sich für die dreijährige Dienstzeit ausgesprochen haben, ist erklärlich, die jungen Leute ihrer Kreise haben ja nicht solange zu dienen.

Für die wichtigste in der Kommission behandelte Frage wurde in der Debatte die Frage der Rüstungsveränderung mit England bezichtigt. Es erfüllt mich mit Genugtuung, daß auch die Regierung stummere eine solche Verpöndigung wenigstens für möglich erklärt. Wir Sozialdemokraten vernehmen nicht, daß die Kapitalisten aller Länder, nicht nur die Deutschlands, zu Rüstungen treiben, und da ist es selbstverständlich, daß wir deutschen Sozialdemokraten gegen die Kriegstreiber in Deutschland Stellung nehmen, wie die französischen Sozialdemokraten gegen die in ihrem Lande und die englischen in England. Kaum war die letzte Flottenliste bekannt, so ging der Schrei nach neuen Kreuzern los, und daran beteiligten sich auch einige Parlamentarier, auch Herr Erzberger. Zentrumsblätter wie konservativere verstanden eine Politik, die zu einem Angriff Frankreichs und Englands gegen uns führen soll. Nationalliberale Blätter und liberale Parlamentarier betreiben natürlich dieselbe Sache; vor allem scheint mir die Tätigkeit des Herrn Kaisermann gefällig, dem die ausdauernde Politik immer nicht geradezu geläufig ist. Die

hoffnung des Volkes auf eine Abnahme der Rüstungskosten ist nach dem Schauspiel, das wir in Deutschland, Frankreich und Rußland haben, außerordentlich gering. Es gehört mit zu dem Beschämendsten, daß unsere Nachkommen sich vorstellen werden, daß unsere Diplomaten es nicht verstanden oder nicht gewollt haben, über ein internationales Rüstungs- und Lohnverhältnis zu verständigen. Wir Sozialdemokraten geben uns der Hoffnung hin, daß schließlich auch in der Rüstungsfrage die Vernunft siegen wird; die sichere Gewähr dafür erblicke ich in der wachsenden Zahl der Klassenbewußten Arbeiter. Das Ereignis in dem Zubau des Kaiser- und Rüstungsheeres ist, daß die Proteste in allen Ländern ihren Absichten dagegen zum Ausdruck bringen. Aus der gleichen Friedensliebe, die die französischen und englischen Sozialdemokraten am Sonnabend zum Ausdruck brachten, werden auch wir das Flottenbudget ablehnen; wir glauben, unseren Protest gegen die Rüstungspolitik dadurch am besten zum Ausdruck zu bringen. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Staatssekretär v. Tirpitz befreit, daß auf Mannschaften und Unteroffiziere ein Druck ausgeübt wurde, sich an der Nationalkassende zu beteiligen. Von den Ausbeuten für die Flotte kommt der größte Teil den Arbeitern in Form von Arbeitslöhnen zugute. (Lachen b. d. Soz.) Zu Streikbrechern haben wir unsere Leute nicht herangezogen, sondern wir haben eingegriffen, wo es sich um die Interessen des Volkstums und unseres Verkehrs in den Kolonien handelte, und werden das auch ferner tun. (Bravo! b. d. bürgerl. Parteien.) Bei einem Verbot unter Lokale für unsere Mannschaften müßten wir einfach dem Erlauchen der Zivilbevölkerung Folge leisten. Der Abg. Noke fragte, die Rüstungen lassen kein Geld für soziale Ausgaben übrig. Aber kein Land gibt für soziale Zwecke so viel aus wie Deutschland. (Bravo! b. d. bürgerl. Parteien.)

Abg. Dr. Strauß (Wp.): Gegenüber dem Abg. Noke habe ich daran fest, daß auf den Schiffen auch den Marineingenieuren eine gewisse Strafgewalt eingeräumt werden muß.

Abg. Erzberger (Zentr.): Der Noke soll uns das Kunststück mal vormachen, Spararbeit im großen zu leisten. (Sehr gut! im Zentr.) Unseren Antrag über die Tafel- und Messerarbeiten hat in der Kommission auch ein Sozialdemokrat unterstützt. (Widerpruch bei den Soz.) Mit der Durchführung der zweijährigen Dienstzeit ist es nun vollkommen Ernst. Die Delegationen ihre Zulagen ganz sicher nicht den Sozialdemokraten, da diese ja den ganzen Etat ablehnen. (Sehr gut! im Zentr.)

Abg. Noke (Soz.): Der Staatssekretär meint, den Vorteil vom Bau einer Flotte hätten die Arbeiter. Wir betrachten es im Interesse der allgemeinen Kulturentwicklung nicht als erfreulich, wenn ein so großer Betrag der Steuern und Zölle der Volkswirtschaft entzogen und in unproduktive Zwecke ausgegeben wird. — Ueberreicht bin ich, daß bei Verhängung des Lokalbudgets die Marineverwaltung der Anweisung der Zivilverwaltung einfach folgt; das braucht sie bei solchen Kleinigkeiten politischen Kampfmitteln sicherlich nicht. — In Bezug auf Ausgaben für sozialpolitische Zwecke ist England bereits Deutschland voraus. Wenn Herr Erzberger im großen sparen will, so möge das Zentrum sich dafür einsetzen, daß in Deutschland eine vernünftige Friedenspolitik betrieben wird. (Sehr richtig! bei den Soz.) In Bezug auf die Tafel- und Messerarbeiten hat kein Sozialdemokrat in der Budgetkommission Herrn Erzberger unterstützt, sondern sich lediglich das Anstrengen des Staatssekretärs als unangehörig verurteilt. — Die zweijährige Dienstzeit kann das Zentrum erreichen, wenn es den richtigen Nachdruck dahinter setzt. Wenn es das nicht tut, beweist es, daß es ihm nicht ernst ist. — Würde das Zentrum etwa dem Kaiser sein Gehalt bewilligen, wenn er neue Ausnahmestellen gegen die Katholiken einbrächte? Es wäre das ein Akt schlimmerer Würdelosigkeit. Eben noch hat der Staatssekretär bekräftigt, daß die Negierung fortwährend eine Politik betreibt, die gegen die Grundzüge der Sozialdemokratie aufs ärgste verstoßt. (Große Beifälle.) Sie, die Sie mit der Regierung gute Geschäfte machen, mögen ihr den Etat bewilligen, wir, die wir als Bürger zweiter Klasse behandelt werden, werden den Etat ablehnen und unsere Wähler verstehen das. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Damit schließt die Diskussion.

Abg. Erzberger (Zentr.) persönlich: In der Kommission hat ein Sozialdemokrat ausdrücklich gesagt, mein Antrag wird Geheh.

Abg. Dr. Südekum (Soz.): Ich habe in der Kommission erklärt, der Staatssekretär scheine der Beratung der Frage, ob und wieviel Messerarbeiten bezahlt werden sind, aus dem Wege gehen zu wollen, indem er sein Amt zur Verfügung stelle und habe hingewiesen, wenn er so verfährt, ist eine Mehrheit für den Antrag sicher, denn so lassen wir uns nicht behandeln.

Der Titel wird mit dem von der Kommission vorgenommenen Abstrich gegen die Stimmen der Rechten und der Nationalliberalen angenommen.

Die Resolution Abg. (Wp.) auf Vereinfachung der Aufgaben der Marineverwaltung sogleich und -Beamteten wird angenommen, desgleichen die Resolution Abg. (Wp.) bei Vergütung von Vorkosten, die ganz oder teilweise in der Hausarbeit hergestellt werden, die Berufsorganisationen und Genossenschaften der Hausarbeiter und Hausarbeiterinnen zu berücksichtigen.

Es folgt das Kapitel

„Beurlaubung“.

Abg. Albrecht (Soz.): Das Recht, Kritik zu üben, werden wir uns von Herrn Erzberger nicht nehmen lassen. Die Massen müssen bezahlet, was Sie mit Hurra! bewilligen. Klagen der Arbeiter liegen aus den Beurlaubungsämtern Wilhelmshaven und Kiel vor. Die Kleider werden an ungefähr 1500 weibliche Heimindustrielle vergeben; nur 200 männliche Arbeiter werden beschäftigt. Diese Sparmaßnahme bedeutet eine unerhörte Ausbeutung der weiblichen Arbeitskräfte, die für fünf bis sechs Stunden Tagesarbeit 30 - 36 Mk. monatlich erhalten. (Hört, hört! bei den Soz.)

Abmtral Kapelle: Nicht 200, sondern 400, 500 Arbeiter sind auf beiden Beurlaubungsämtern beschäftigt. Die Uniformen müssen möglichst billig hergestellt werden, damit die Matrosen nicht soviel für ihre Uniform zu zahlen haben. Diese Sparmaßnahme ist also im Interesse der Matrosen berechtigt. Im übrigen hat Herr Noke, als er die Verhältnisse befragte, feierlich erklärt: hygienisch tadellos, sonst hätte er natürlich eine Menge ausgelesen. (Geläch.)

Abg. Albrecht (Soz.): Die Matrosen müssen dann eben höhere Löhne bekommen, damit die Arbeiter für die Herstellung der Kleider anständig bezahlt werden können. 50 Prozent der Matrosen haben einen Ernährer. Diese Ernährer sollten zu bezahlet werden, daß ihre Frauen den Handwerker nicht die Arbeit wegnehmen.

Abmtral Kapelle: Der Vorwurf, daß die Gesundheitsverhältnisse so schlecht sein sollen, trifft uns doch sehr schwer. Der Prozentatz ist wohl dadurch höher geworden, daß wir zum Teil Leute beschäftigen, die die Privatindustrie nicht mehr nehmen würde.

Abg. Gieseler (Zentr.) bittet um mögliche Berücksichtigung der Heimarbeitersorganisation.

Abg. Behrens (Wp.) regt an, die Hausarbeiter bei der Beurlaubung der Löhne zu hören.

Abg. Semler (natl.) verleiht die Beschäftigung von Hausfrauen.

Das Kapitel wird bewilligt.

Es folgt das Kapitel „Instandhaltung der Flotte und der Marine“.

Abg. Brandes (Soz.): Was ich im Vorjahre über die Beschwerden der Arbeiter nachgesprochen habe, waren keine Heils-

tuler Rogengeflechten (Gitterwerk), sondern beruheten auf genauer Information. Auch diesmal liegen wieder genügend Beschwerden vor. Im Vorjahr sagte ein Regierungsvorsteher: Wir bleiben immer etwas über den Löhnen der Privatindustrie. Das ist ein bedauerliches Jermum. Redner führt den Nachweis hierfür bei verschiedenen Beamtensategorien. Freilich gibt es in Danzig noch Privatbetriebe, die jammervolle Löhne von 80 bis 40 Wg. zahlen. (Hört, hört! b. d. Soj.) Will sich die Marineverwaltung etwa nach diesen richten? Die Arbeiter klagen über die Neubegründung der Arbeiter, verlangen die Beilegung des Bräutertums in der Lohndemokratie und werden durch Ueberstunden gedrückt, bei denen die logische Wohlfahrt des Heimatslandes zum Teufel geht. Die Arbeiter ziehen die ungeteilte Arbeitszeit vor. Für die Pelzer solle der Achtstundentag durchgeföhrt werden, ebenso für die Maschinenwärter. Der erste Urlaub wird heute erst nach fünf Jahren gewöhrt. Diese Forderungen werden nicht erfüllt. Ebenso selbstverständlich ist die Forderung der Bezahlung der Feiertage sowie der wöchentlichen Lohnzahlung. Bei den Hasserarbeiten werden in sehr starkem Maße Ausländer beschäftigt; man hat Deutsche entlassen, um Holländer einzustellen. Beleidigt fühlen sich die Arbeiter durch einen Tagesbefehl, der 100 Mr. Bezahlung aussetzt für Namhaftmachung eines Diebes. Es handelt sich um zwei verdächtige Vertrieben worden sind, wenn sie nicht gar in dem ominösen Danziger Wasserloch verschwinden sind. Wenn die kaiserlichen Werften Musterbetriebe werden sollen, muß noch viel verbessert werden. (Bravo! b. d. Soj.)

Staatssekretär v. Tzipitz: Was müßten wir wohl tun, um dem Redner nicht Anlaß zur Kritik zu geben? Die Angaben seiner anonymen Gewährleute sind doch nur mit Vorsicht aufzunehmen. Auf eine Erfundigung bei der Einstellung von Arbeitern können wir nicht verzichten. Das tut jede Hausfrau, wenn sie ein Mädchen mietet, und auch wir, wenn wir einen Beamten einstellen. Das muß uns auch den Arbeitern gegenüber erlaubt sein. Daß Lehrlinge nicht in Vereine einzutreten dürfen, die sozialdemokratische Propaganda treiben, ist selbstverständlich. Der außerordentlich starke Zufluß zu unseren Werken trotz der günstigen Konjunktur beweist, daß die Arbeiter nicht so über uns urteilen wie der Abg. Brandes.

Abg. Weinhausen (Sp.) bringt mehrfache, schon in der Kommission von ihm vertretene Wünsche verschiedene Kategorien von Angestellten und Arbeitern zur Sprache.

Darauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr (vorher kurze Anfragen; das. Statistisches.)

Schluß 7 1/2 Uhr.

Das preussische Abgeordnetenhaus

desprach am Montag die finanzwirtschaftliche Seite der Eisenbahnen. Die Debatte bewegte sich in demselben Gleise, wie in früheren Jahren. Obwohl die Eisenbahnüberschüsse ganz gewöhnlich geblieben sind, will man doch von Tarifreformen nichts wissen, und auch Steuererleichterungen steht die Mehrheit des Abgeordnetenhauses und die Regierung durchaus unempfindlich gegenüber.

Es ist erwiesen und wird von allen Seiten zugegeben, daß die erste Wagenklasse mit Defizit arbeitet. Anstatt nun endlich, wie es von sozialdemokratischer und fortschrittlicher Seite gewünscht wird, die erste Wagenklasse zu befestigen, will die Mehrheit Hand in Hand mit dem Minister die Tarife für diese Klasse sogar noch herabsetzen. Das Defizit würde dann natürlich um so größer werden. Auf der anderen Seite steht der Minister dem Verlangen des sozialdemokratischen Redners Straßel auf Einigung von Wagen vierter Klasse bei Schnellzügen durchaus ablehnend gegenüber. Warum so wider der Eisenbahnminister ist auch der Finanzminister Feind jeder Reform. Er sträubt sich mit Händen und Füßen gegen jede Steuererleichterung. Er will vor allem die Steuerzuschläge, obwohl die Regierung sie gar nicht braucht, weiter beibehalten, und bekämpft den Gedanken einer Ausweitung.

Auch die Frage der deutschen Eisenbahngemeinschaft wurde wiederum von allen Rednern gestreift. Konterpartie und Zentrum stehen diesem Gedanken feindselig gegenüber; den Nationalliberalen schwebt die Eisenbahngemeinschaft als Ideal vor, aber sie glauben, daß sich dies Ideal in der Praxis nicht verwirklichen läßt.

Auch der Minister ist, wie er bereits wiederholt erklärt hat, Gegner einer Eisenbahngemeinschaft. Der sozialistische Redner Straßel schloß eingehend die Abhängigkeit der Eisenbahnen von den Finanzen. Er wandte sich gegen die Verfüge der Wohlhabenden und Reichen, sich auf Kosten der ärmsten Bevölkerung Geschenke machen zu lassen. Mit Recht jährt er aus, daß man die hohen Eisenbahnüberschüsse dazu verwenden könne, um endlich einmal die Grenze für das Steuerminimum herabzusetzen. — Bemerkenswert ist, daß der freisinnigste Abgeordnete Fröhner von Jodlitz wie alljährlich auch diesmal wieder eine strenge Diktatur im Interesse der Betriebsfähigkeit vortrug. Diese Scharfmachtel gehört nun einmal zum ständigen Repertoire des freisinnigen Jährrs.

Gewerkschaftsbewegung.

Stadt und Provinz.

Zur Tarifbewegung der Breslauer Schiffbauer. Am 1. März lief der zwischen dem Verband der Schiffszimmerer und den hiesigen Privatwerften abgeschlossene Lohnvertrag ab, da vom Verbandsrechtzeitig gekündigt wurde.

Während nun Schiffbaumeister Fiege bereitwillig in Verhandlungen einging, lehnte dies die Breslauer Schiffbau-Gesellschaft viermal ab. Der Geschäftsführer dieser Firma, Herr Wedell, sowie sein Leithaber, Herr Gräber, wurden dann doch noch zu Verhandlungen gezwungen, indem die Lohnkommission einfach unangemeldet zu diesen Herren in das Kontor ging, doch wurde nichts erreicht. Die Antwort lautete: „Ich kann nichts zugeben und — will — auch nichts geben.“

Darauf hin legten am 1. März sämtliche Schiffbauer dieser Firma die Arbeit nieder und traten in den Ausstand. Sie konnten und — wollen zu den alten Bedingungen nicht mehr weiter arbeiten.

Der Kampf ist ihnen durch das hochmütige Verhalten des Geschäftsführers aufgezwungen worden, und sie werden alles daransetzen, ihn siegreich durchzuführen, umso mehr, da ihnen die Unterstützung ihrer in Arbeit stehenden Kollegen in vollem Maße gesichert ist.

Für alle organisierten Schiffbauer und Arbeiter ist der Betrieb der Breslauer Schiffbau-Gesellschaft gesperrt.

Mit Herrn Schiffbaumeister Fiege wurde nach mehreren Verhandlungen ein neuer Tarif abgeschlossen und bei diesem arbeitenden Kollegen arbeiten bereits zu den neuen Bedingungen.

Wichtig, Fabrikarbeiter! Die Arbeiter der Firma Karl Roethen, chemische Düngefabrik in Greiffenberg, haben im Streik. Ein Agent der Firma sucht in Breslau Arbeiter anzuwerben. Es wird gebeten, Zugang fernzuhalten. Näheres folgt.

Streik der Holz- und Holzhandwerker. Die zentralen Holzhandwerker für das Holzgewerbe werden im Besitz der Holzhandwerker aus allen Gegenden am 28. Februar, 1. und 2. März in Breslau tagen. Doch der von mehreren Mitgliedern des Holzhandwerkersverbandes erhaltene Bescheid, daß die Holzhandwerker in Breslau nicht tagen dürfen, ist nicht beachtet worden.

sämtliche Verhandlungen auf der Grundlage dieses Schiedspruchs verläßt und es konnte auch bereits für mehrere Orte eine endgültige Beschlüßfassung herbeigeföhrt werden. Bis zum Mittag des 2. März waren auf diesem Wege die Verträge zwischen den Ortsvertretungen vereinbart für Darmen, Bentheln, Kattowitz, Königshütte, Bromberg, Danzig, Zarnitz, Dresden, Eberswalde, Genuß, Görlitz, Göttingen, Greifswald, Silberstein, Pausenitz, Leipzig, Pörschke, München, Posen, Neudorf, Schwertin, Spandau, Thum, Wetzlar, Joch, Jüttau mit Groß-Schönau. Für einige weitere Städte, darunter Braunschweig, Harburg a. E., Neisse und Pörschke ist ebenfalls im Großen und Ganzen eine Verständigung erzielt worden. Nur über einzelne Differenzpunkte sollen die Zentralvorstände noch eine endgültige Entscheidung treffen. Die Verhandlungen für die übrigen Orte werden noch fortgesetzt. Am 3. März verhandeln die Parteien aus Berlin, Uckermark bei Magdeburg, Halle, Hannover, Pörschke a. M., Kiel, Köln a. Rh., Luckenwilde, Lübeck, Magdeburg, Potsdam und Stettin. Für die Orte Krefeld und Pörschke sind die Verhandlungen in Berlin abgebrochen worden und werden sofort örtlich weitergeföhrt. Die Zahl derjenigen Orte, in denen eine Einigung überhaupt unmöglich schien, ist infolge dieses Resultats stark zusammengeschrumpft. Angesichts der Tatsache, daß in der Mehrzahl der Städte eine Einigung erfolgte, ist der Opposition der Scharfmacher in jenen Orten der Boden entzogen worden. Ob die Holzindustriellen es für gut finden, ihren ablehnenden Standpunkt weiterhin aufrecht zu erhalten, kann für die Gesamtheit kaum noch von großer Bedeutung sein. Wenn sich auf dem Wege friedlicher Verhandlungen eine Verständigung für einzelne Orte nicht sollte erzielen lassen, so bleiben ja dem Holzarbeiterverband: auch noch andere Mittel, um schließlich auch in diesen Orten zu dem gewünschten Resultat zu gelangen.

Eine Werftarbeiterkonferenz. In Hamburg traten am Sonntag, 2. März, 144 Delegierte und Vorstandsvertreter der Verbände der Metallarbeiter, Polzarbeiter, Maschinen- und Heizer, Kupferschmiede, Maler, Schiffszimmerer und Fabrikarbeiter aus den verschiedenen Werkorten zu einer Konferenz zusammen. Einem instruktiven Referat des Vorsitzenden vom Metallarbeiterverband über die augenblickliche Lage folgte eine ausgedehnte Diskussion, in der lebhaft Klagen über die augenblickliche wirtschaftliche Lage folgte eine ausgedehnte Diskussion, in der lebhaft Klagen über die auf den Werften bestehenden Arbeitsverhältnisse vorgebracht wurden. Die Arbeiter verlangten man überall zu reduzieren, teilweise um 50 Prozent und mehr. Durch langfristige Aufkündigung würden die Arbeiter auf Monate und Jahre an den Werken gebunden, wenn sie nicht größere Aufkündigungsschritte durch ihren Austritt aus dem Betrieb verlieren wollten. Lebhaft Klage wurde auch geführt über die Aufkündigung der Arbeiter, die die Untertagearbeit als unangenehme Aufgabe. Schon bei der Untertagearbeit, den Bau der Stellingen mit den Aufkündigungsschritten zu verknüpfen. Der sehr starke Wechsel unter der Aufkündigungsschritte sei ein weiterer Grund für die hohe Zahl der Unfälle. Von verschiedenen Seiten wurde die Forderung nach Kontrollen aus Arbeiterkreisen laut. Die von einigen Werften angestellten Kontrollanten seien ihrer Aufgabe nichts gerecht geworden; was sich aus ihrem Abhängigkeitsverhältnis zu den Unternehmern genügend erkläre. Nach den Angaben aus verschiedenen Werkorten hat sich der Durchschnittslohn trotz der letzten Lohnbewegung nicht erhöht. Nicht selten würden höher entlohnte Arbeiter entlassen und andere zum niedrigen Einstellungslohn angenommen. Das Ueberstundennehmen nehme immer größeren Umfang an, ließen sich doch Ueberstunden bis zu 60 in einer Woche feststellen.

Aus einem Referat über den Stand der Organisationen auf den Werften ging hervor, daß insgesamt etwa 70 000 Arbeiter auf den Werften beschäftigt sind. Das Organisationsverhältnis hat sich bedeutend gebessert. Im 1908 ist die Organisation unter den Metallarbeitern um über 100%, unter den Polzarbeitern um über 74% gestiegen.

Lohnbewegung im Schneidergewerbe. In den Orten, in denen die Unternehmer im Schneidergewerbe dem Unternehmerverbande nicht angehören, werden jetzt vielfach Lohnbewegungen geführt. In Heizen, Salzwedel, Verden bei Hannover und in Greifswald sind durch örtliche Verhandlungen bereits Einigungen erzielt. In Wismar ist von den Werften die Kündigung eingereicht worden. Es kommt hier, wenn innerhalb der 14-tägigen Kündigungsfrist nicht eine Einigung erzielt wird, zum Ausstand. In Kaiserlautern und in Hamburg ist es bereits zum Ausstand gekommen. In Hamburg nehmen außer dem Schneiderverband auch der christliche Verband und die polnische Berufsvereinigung an der Bewegung teil.

Der Streik in der Lüneburger Glasmanufaktur dauert unverändert fort. Der Besitzer bemüht sich sehr, Arbeitswillige zu bekommen, doch will ihm das nicht gelingen. Den Arbeitswilligen wird ein Vertrag vorgelegt, nach dem sie verbleiben müssen, dem Zentralverband der Glasarbeiter nicht anzugehören und während der Dauer ihrer Beschäftigung bei der Lüneburger Glasmanufaktur weder direkt noch indirekt dem Zentralverbande beizutreten. In den 12 Wochen des Streiks ist es dem Unternehmer nicht gelungen, Streikbrecher zu bekommen.

Die Differenzen auf der rheinischen Metallwaren- und Maschinenfabrik (G. Ehrhardt) haben sich weiter verschärft. Die Firma will die verhängte Sperre, welche ihr sehr unangenehm ist, durch Maßregelung der Vertrauensleute des Metallarbeiterverbandes illusorisch machen. Natürlich wird ihr das nicht gelingen. Infolge der Sperre haben viele Arbeiter aufgehört, für welche die Firma keinen Ersatz finden kann. Es stehen über 100 Drehbänke ohne Arbeiter. Ihre Bestellungen, welche sehr drängen, sucht die Firma anderswo umzubringen. Bemerkenswert ist besonders, daß ein großes Werk, welches zum großen Teile auf staatliche Lieferungen angewiesen ist, den bestehenden Forderungen der Arbeiter gegenüber einen so schroffen Standpunkt einnimmt. Wie schon berichtet hat die

Direktion nicht nur die Forderungen abgelehnt, sondern auch die Verhandlungen mit dem bestehenden Arbeiterausschuß. Dessen Mitglieder, Leute die 15 Jahre im Betrieb sind, sie ohne Grund maßregelt. Wie verlautet, soll der Ausschussrat, dem u. a. auch Herr Paasche angehört, das Vorgehen der Direktion gebilligt haben. Das erscheint aber kaum glaublich, denn der Reichstag hat wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß Betriebe mit Staatslieferungen ihren Arbeitern anständige Löhne und Arbeitsbedingungen gewähren sollen. Und hier lehnt man sogar Verhandlungen mit der zuständigen Instanz ab, und maßregelt ohne jeden Grund deren Mitglieder. Es wird notwendig sein, diese Dinge im Reichstag zur Sprache zu bringen. Die Firma hat die Arbeiter förmlich in eine Kampfstellung hineingedrängt. Es ist auch versucht worden, zu behaupten, daß sich die Arbeiter des Werks im Streik befinden. Das trifft aber nicht zu, denn der Betrieb ist nur gesperrt und der Zugang daher fern zu halten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Düsseldorf.

Belgien. Die gewerkschaftliche Landessentrale empfiehlt den angegliederten Organisationen, in energischer Aktion zur Erreichung des freien Sonnabendnachmittags einzutreten. — Die Mitgliederzahl der Gewerkschaften, die der Landessentrale angeschlossen sind, stieg von Anfang 1912 bis zum 1. Oktober 1913 von 978.845 auf 1.293.334. Inzwischen ist diese Zahl weiter gestiegen.

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion Donnerstags von 10—12 Uhr Mittags. Schriftliche Zuschriften werden nur ausnahmsweise erwidert.

N. S. 100. Diese Räume sind nach unserer Ansicht für Menschen nicht geeignet. Wir empfehlen Ihnen, sich an den Vorstand zu wenden. Wenn möglich, lassen Sie sich ein ärztliches Zeugnis über die Wohnung ausstellen, das Sie dem Schreiber belegen müssen.

J. S. 100. Der Anspruch der Großmutter erscheint nicht gerechtfertigt. Wegen die Pfändung müssen Sie Einspruch erheben; vor allem darf Ihnen die Nähmaschine nicht genommen werden, wenn Sie damit Ihr Brot verdienen.

Wiesegraflich. Die Feuerwehr darf Sonntags üben, und Sie dürfen sich davon auch nicht ausschließen.

Schönfeld. Sie könnten die Leute auf Herausgabe der Betten verklagen; dabei ist aber zu überlegen, ob etwas zu gewinnen ist und die Anstrengungen nicht größer sind, als der Wert der zurückgehaltenen Sachen.

B. S. 350. Nach den uns bekannten Polizeiverordnungen dürfen die Kutscher ihre Wagen nur auf Augenblicke unbeaufsichtigt lassen. Im vorliegenden Falle hätten sich also die Kutscher zu lange in der Gastwirtschaft aufgehalten. Was dann folgte, haben die Kutscher selbst verschuldet; sie mußten ihren Namen an geben.

Ch. Sch. Straß. W. hat an der 48er Revolution nicht teilgenommen; er war damals 23 Jahre alt.

G. H. Weiserwitz. Gewiss, Sie haben recht. Bei fünf Kindern und geringem Lohn kann ein Arbeiter nicht allmonatlich 3 Mark für seinen Vater abgeben; aber wenn die Behörden und Gerichte so entschieden haben, ist schwer dagegen anzukämpfen. Wir empfehlen ein Gesuch an den zuständigen Ortsarmenverband, die 3 Mark mit Rücksicht auf die Notlage des Arbeiters ganz oder zum Teil zu erlassen.

Breslauer Schlächtmarkt. Qualitätsbericht über den Schlächtmarkt am 3. März 1913. Der Auftrieb betrug: 47 Rinder, 1269 Schweine, 392 Lämmer, 184 Schafe. Ueberstand vom vorigen Markt waren: 1 Rind, 3 Schweine, 9 Schafe.

Es wurden gekauft für 80 Kilogramm:

Sorte	Bestand	Schlachtgewicht
I. Rinder. A. Ochsen:		
Kohlfleischige, ausgemästete Ochsen höchsten Schlachtwerts, die noch nicht gezogen haben (ungezogen)	40-41	81-84
Kohlfleischige, ungemästete, im Alter von 4 bis 7 Jahren	42-45	78-83
Junge, fleischige, nicht ausgemästete u. ältere ausgemästete	35-37	70-74
Wichtig geachtete junge, gut gemästete ältere	51-51	51-59
B. Küllen:		
Kohlfleischige, ausgewachsene höchsten Schlachtwerts	45-48	76-82
Kohlfleischige, ausgewachsene mittleren Schlachtwerts	42-44	70-80
Wichtig geachtete junge, gut gemästete ältere	37-40	74-80
C. Kalben und Lämmer:		
Kohlfleischige, ausgemästete Kalben höchsten Schlachtwerts	44-46	77-81
Kohlfleischige, ausgewästete Kalbe höchsten Schlachtwerts, bis zu 7 Jahren	40-43	74-80
Ältere ausgewästete Kalbe und wenig gut entwickelte	32-36	64-72
Ältere Kalbe und Lämmer	28-30	60-64
Wichtig geachtete Kalbe und Lämmer	31-32	65-65
D. Gerings geachtete Jungtiere (Groschen):		
I. Rinder:		
Doppelender kleiner Mast	—	—
Reine Mastlader (aus Norddeutschland)	—	—
Mittlere Mast- und gute Sauglader	5-61	100-105
Geringsere Mast- und gute Sauglader	52-55	93-98
Geringsere Sauglader	42-48	84-96
Geringsere Sauglader:		
III. Schafe. A. Einmalgeschlachtet:		
Mastlamm und ungemästete Mastlamm	48-49	96-98
Ältere Mastlamm, geringere Mastlamm und gut gemästete junge Schafe	36-39	78-85
Wichtig geachtete Mastlamm und Schafe (Mastlamm)	26-30	62-71
B. Zweimalgeschlachtet:		
Mastlamm:		
Geringsere Mastlamm und Schafe	—	—
IV. Schweine:		
Kohlfleischige Schweine über 120 bis 150 Kilogr. (140 bis 200 Pfund) Lebendgewicht	60-62	75-78
Kohlfleischige Schweine über 100 bis 120 Kilogr. (200 bis 240 Pfund) Lebendgewicht	58-60	74-77
Kohlfleischige Schweine über 80 bis 100 Kilogr. (180 bis 200 Pfund) Lebendgewicht	56-58	73-75
Kohlfleischige Schweine bis 80 Kilogr. (160 Pfund) Lebendgewicht	54-56	70-73
Sauen und geschlachte Eber	54-56	70-73
Ferkel über 150 Kilogr. (3 Zentner) Lebendgewicht	—	—
Geschlachtungs- u. Wirtelmaß:		
Ueberstand von letztem: 12 Rinder, 18 Schafe.		
Von den Schweinen wurden verkauft: 1 Schlachtgewicht zu 68, 1 zu 67, 8 zu 66, 1 zu 65, 1 zu 64, 1 zu 63, 10 zu 62, 22 zu 61, 2 zu 60, 210 zu 59, 191 zu 58, 111 zu 57, 45 zu 56, 70 zu 55, 11 zu 54, 1 zu 53, 2 zu 52, 1 zu 51, 4 zu 50, 18 zu 49, 2 zu 48 Schl.		

Gardinenspanner

Stat. 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8 Markt
berthel Jahn, Gabelstraße 84-85.
11445

Fabrik-Aufgah. wog. mit Preis. Einlage 1 cent. statt 1 1/2.

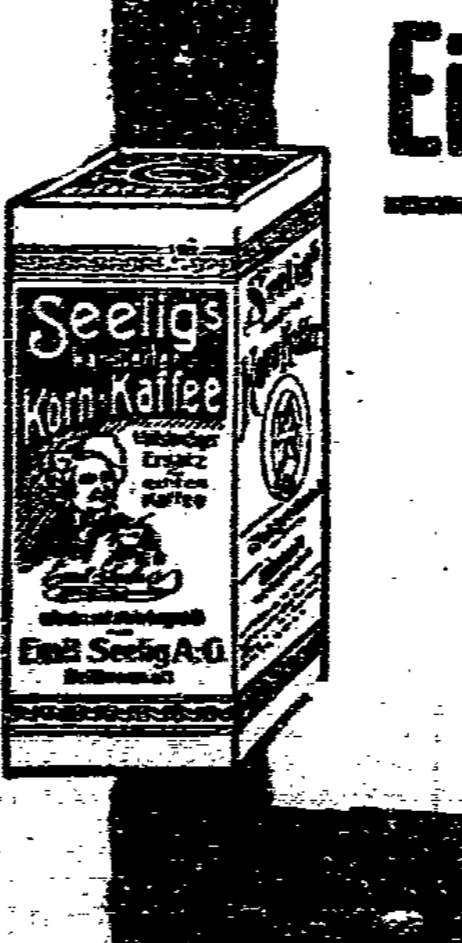
best. Dely u. dop. Bezock 15% ab. Gr. 30, 50, 80, Pas. Rip. 40 b. 10 Pl. 50 ab.
Met. 5/60 fr. Kammeler, Wachtel 1.
11409

Klingo Handstricken kaltes das

Schlüter Volkera - Feinbrot
für unentbehrlich zur kräftigen Ernährung. — Erhältlich bei Otto Seibler u. in Kolonialw., Milch- u. besseren Vorkostgeschäften, auch direkt von Strassch, Scheffingerstrasse 21. Tel. 1768. [9485]

Gummiloren

Handstricken kaltes das
Eylspritzer 2,50 an
Hand- und Maschinenlören
11517
Hanna Schickels, Gabelstr. 21, Tel. 1768.



Ein dauernder Gewinn

für die Gesundheit und den Geldbeutel ist Seelig's kandierter Kornkaffee

